



# Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission Lehren aus  
Afghanistan für das künftige vernetzte  
Engagement Deutschlands

## Wortprotokoll der 22. Sitzung

### **Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands**

Berlin, den 19. Juni 2023, 13:45 Uhr  
Sitzungssaal 4.900, Paul-Löbe-Haus  
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee

Vorsitz: **Michael Müller, MdB (SPD)**

**Serap Güler, MdB (CDU/CSU)**

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Einzigiger Tagesordnungspunkt** **Seite 4**

Öffentliche Anhörung zum Thema

**„Neuausrichtung, Anpassung und Abzug 2015 bis  
2021: Deutschlands Rolle im multilateralen  
Kontext - Abzug und Verhandlung“**

Vorlage zur Anhörung

Leitfragenkatalog der Fraktionen

**Kommissionsdrucksache 20(28)23**

*Anlage 1*



Eingeladene Sachverständige:

**13:45 bis 15:15 Uhr (Teil 1):** **Seite 4**

Andreas von Brandt  
Auswärtiges Amt  
(2020 - 2021: Leiter der EU-Delegation in Kabul)

Jan Hendrik van Thiel  
Auswärtiges Amt  
(2021: Geschäftsträger der deutschen Botschaft in  
Afghanistan)

**15:30 bis 16:15 Uhr (Teil 2):** **Seite 24**

Deborah Lyons  
San Francisco/USA  
(2013 - 2016: Botschafterin Kanadas in Afghanistan/  
2020 - 2022: Sonderbeauftragte der Vereinten  
Nationen für Afghanistan und Leiterin von UNAMA,  
UN Assistance Mission in Afghanistan)  
*(Zuschaltung per Videokonferenz)*

Stellungnahme:

Botschafter Jan Hendrik van Thiel

**Kommissionsdrucksache 20(28)26**

*Anlage 2*



## Mitglieder der Enquete-Kommission

### Abgeordnete

| Fraktion                          | Ordentliche Mitglieder                                       | Stellvertretende Mitglieder                               |
|-----------------------------------|--|---|
| <b>SPD</b>                        | Müller, Michael<br>Schmid, Christoph<br>Türk-Nachbaur, Derya | Fiedler, Sebastian<br>Özoğuz, Aydan<br>Sthamer, Nadja     |
| <b>CDU/CSU</b>                    | Beyer, Peter<br>Güler, Serap<br>Hierl, Susanne               | Brand, Michael<br>Bröhr, Marlon Dr.<br>Leikert, Katja Dr. |
| <b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b> | Gambir, Schahina<br>Krämer, Philip                           | Düring, Deborah<br>Spellerberg, Merle                     |
| <b>FDP</b>                        | Gerschau, Knut<br>Sauter, Christian                          | Jurisch, Ann Veruschka Dr.<br>Müller-Rosentritt, Frank    |
| <b>AfD</b>                        | Nolte, Jan Ralf  | Wundrak, Joachim  |
| <b>DIE LINKE.</b>                 | Hunko, Andrej  | N.N.  |

### Sachverständige Kommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Anna Geis

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Reiner Haunreiter

Dr. Michael Lüders

Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala

Dr. Katja Mielke

Winfried Nachtwei

Egon Ramms

Prof. Dr. Ursula Schröder

André Wüstner

Jörg Vollmer

Dr. Ellinor Zeino



Beginn 13.45 Uhr

### **Einziger Tagesordnungspunkt**

#### **Öffentliche Anhörung zum Thema „Neuausrichtung, Anpassung und Abzug 2015 bis 2021: Deutschlands Rolle im multilateralen Kontext - Abzug und Verhandlung“**

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, ich eröffne hiermit die Sitzung und begrüße Sie ganz herzlich zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission Afghanistan. Ich begrüße wie immer auch ganz herzlich die Gäste auf der Tribüne und die Zuschauerinnen und Zuschauer, die diese Sitzung live im Internet mitverfolgen. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse.

*[Hinweis: Eine Aufzeichnung der Anhörung ist auf der Webseite der Enquete-Kommission verfügbar.]<sup>1</sup>*

Heute setzen wir die Befassung mit dem Zeitraum der Jahre 2015 bis 2021, also die Zeitspanne nach dem Ende von ISAF und dem Beginn der Nachfolgemission Resolute Support bis zum Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und zur Machtübernahme der Taliban, fort. Wir beschäftigen uns unter dem Titel „Deutschlands Rolle im multilateralen Kontext von Abzug und Verhandlungen“ mit dem – das muss man leider so sagen – unrühmlichen Ende des Afghanistan-Einsatzes im Sommer vor zwei Jahren.

Das Thema Abzug teilen wir mit dem Untersuchungsausschuss, der vom Deutschen Bundestag parallel eingesetzt wurde und der insbesondere die letzten anderthalb, zwei Jahre des Afghanistan-Einsatzes im Blick hat. Aber natürlich ist das auch für uns von Interesse, wenn wir den gesamten Zeitraum der 20 Jahre unseres Engagements betrachten. Dabei geht es auch um die Frage: Wann hätte man eine Entwicklung erkennen und wie rechtzeitig gegensteuern können, um die jetzige Lage zu verhindern? Wir wollen aus der Analyse der Abzugsphase Schlüsse ziehen

und Lehren für das künftige Engagement Deutschlands bei der internationalen Krisenbewältigung entwickeln. Dazu zählt auch die Frage: Wie kann der Ausstieg von Kriseneinsätzen rechtzeitig eingeplant werden und erfolgreich gelingen? Wir alle haben mitverfolgt, dass die Bundesregierung in den letzten Tagen die nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt hat. Heute findet dazu eine öffentliche Anhörung im Auswärtigen Ausschuss statt. Und auch für die Sicherheitsstrategie spielt es eine besondere Rolle, wie wir unser internationales Krisenmanagement organisieren. Die Enquete-Kommission kann und will einen Beitrag leisten, wie das möglicherweise in Zukunft besser gelingen kann.

Aus organisatorischen Gründen wird die heutige Anhörung in zwei Teilen veranstaltet. Zunächst hören wir bis circa 15:15 Uhr zwei hier im Saal anwesende Sachverständige. Nach einer Pause wird ab 15:30 Uhr eine dritte Sachverständige zugeschaltet. Diesen Teil wird die stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Frau Abg. Serap Güler, leiten, da ich heute in einer anderen Ausschusssitzung gebunden bin.

### **Teil 1**

Für den ersten Teil unserer Anhörung begrüße ich sehr herzlich als Sachverständige hier im Saal zwei deutsche Diplomaten, die in unterschiedlicher Funktion den Abzug erlebt und bewältigt haben. Ich begrüße ganz herzlich Herrn Jan Hendrik van Thiel. Sie waren 2021 Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Kabul und in dieser Funktion unmittelbar mit dem Ende des Einsatzes befasst. Vor Ihrer Zeit in Kabul waren Sie Politischer Berater des Befehlshabers des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam. Von dort wurde der Bundeswehreininsatz in Afghanistan gesteuert. Außerdem waren Sie 2009/2010 ziviler Leiter eines PRT [Provincial Reconstruction Team] in Afghanistan. Wir danken Ihnen ganz herzlich, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen. Eine schriftliche Stellungnahme von Ihnen steht den Mitgliedern

<sup>1</sup> [https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere\\_gremien/enquete\\_afghanistan](https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_afghanistan)



der Enquete-Kommission zur Verfügung.

Ich möchte an dieser Stelle, da das Einsatzführungskommando gerade in Ihrem Lebenslauf genannt wurde, erwähnen, dass in der letzten Woche auf Initiative von Herrn Abg. Peter Beyer eine kleine Delegation der Kommission das Einsatzführungskommando einschließlich des Waldes der Erinnerung besucht hat. Es war ein sehr eindrucksvoller und deutlicher Bericht, den wir gehört haben, der für unsere Beratungen eine wichtige Unterstützung ist.

Ich begrüße ferner ganz herzlich Herrn Andreas von Brandt als zweiten Sachverständigen im Saal. Sie waren in der Zeit von 2020 bis 2021 Leiter der EU-Delegation in Afghanistan und ebenfalls direkt mit dem Ende des Einsatzes befasst. Auch für Sie war es nicht der erste Aufenthalt in Afghanistan. Von 2017 bis 2018 waren Sie bereits auf Posten in der deutschen Botschaft in Kabul. Weitere Stationen Ihrer beruflichen Karriere waren unter anderem das Büro von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie die Welternährungsorganisation und die Weltbank.

Meine Herren Sachverständigen, noch einmal vielen Dank, dass Sie uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen. Wir sind auf Ihre Ausführungen und natürlich auch auf die Schlussfolgerung gespannt, die wir dann ziehen können. Ich möchte auf den Ablauf hinweisen, auf den wir uns verständigt haben. Den Sachverständigen stehen für ihre Eingangsstatements jeweils zehn Minuten zur Verfügung. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass anschließend jeder Fraktion in einer Fragerunde zunächst drei Minuten für Fragen zur Verfügung stehen und jedem Sachverständigen auch jeweils drei Minuten für die Beantwortung. Ich bitte Sie zu beachten, dass in der unteren linken Ecke unseres Medienwürfels ein Countdown läuft, den bitte alle ernst nehmen. Das ist wichtig, damit wir in dieser großen Runde mit dem zeitlich engen Rahmen gut durchkommen, alle Fragen gestellt werden können und alle Fraktionen auch ihr Fragerecht und Rederecht entsprechend in Anspruch nehmen können. Wenn soweit alles in Ordnung und verstanden ist, können wir mit dem

vorgesehenen Ablauf beginnen. Zunächst erteile ich Herrn van Thiel das Wort und anschließend ist Herr von Brandt an der Reihe.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte besonders die Leute begrüßen, die mir hier ein bisschen die Nerven beruhigen. Das ist zum einen mein Kollege Andreas von Brandt. Wir waren zusammen dort und haben uns vor Ort auch sehr gut ergänzt. Zum anderen sind es Herr Nachtwei, den ich aus meinem ersten Aufenthalt in Afghanistan kenne, und Herr General Vollmer. Es ist gut zu wissen, dass Leute da sind, die Teile dieser Erfahrung geteilt haben.

Noch ein Wort vorab: Es gab ein bisschen Presse um mich. Ich will eine Sache klarstellen: Solche Bilder wie „Van Thiel gegen Auswärtiges Amt“ oder „Van Thiel beschwert sich“ oder „erhebt schwere Anschuldigung gegen das Auswärtige Amt“ sind Pressedinge, das ist nicht von mir. Ich verstehe mich als Teil des Auswärtigen Amts. Ich war in Afghanistan als Teil des Auswärtigen Amts, und ich habe mich auch bei dem Dienst, den ich dort geleistet habe, immer als Teil des Auswärtigen Amts und als Verantwortlicher des Auswärtigen Amts vor Ort verstanden.

Ich habe Ihre Fragen relativ schnell am Rande des Dienstes letzten Mittwoch beantwortet, so wie mir das spontan einfiel. Da muss man sicherlich, wenn das veröffentlicht werden soll, noch einmal darüber gehen. Aber so haben die Ausschussmitglieder jedenfalls schon einen Eindruck, wie ich spontan auf solche Fragen reagiere. Auch hier in dem Zusammenhang würde ich den Schwerpunkt gerne bei Fragen und Antworten und nicht bei vorbereiteten Texten sehen. Entsprechend habe ich auch keine große Rede vorbereitet, sondern will zu den drei inhaltlichen Punkten etwas sagen, die sich für mich wie ein roter Faden durch Ihre Fragen gezogen haben. Das ist einmal die Frage der Wahrnehmung der Situation und der Schaffung von Lagebildern, wenn ich es richtig verstanden habe. Dann die Frage der Willensbildung: Wie haben wir welchen Willen



gebildet oder nicht gebildet? Und dann die dritte Frage: Wo geht es hin, sollte es hingehen, könnte es hingehen, oder wie sollte man damit umgehen, wenn es nicht nur ein durchgreifender Erfolg war?

Zum ersten Punkt, der Wahrnehmung und den Lagebildern. Ich glaube, aus Ihrer Arbeit zuvor werde ich Ihnen nichts Neues erzählen können. Es gibt ganz unterschiedliche Perspektiven. Ich selbst habe nur Froschperspektiven beizutragen. Ich bin keiner aus der Leitungsebene oder aus der politischen Ebene, der mit Ihnen normalerweise in Kontakt steht und Ihnen das Gesamtbild gibt, sondern ich bin eher – und im Afghanistan-Bereich nur – aus dem Feld. Ich war in Badachschan und in Kabul. Und das Einsatzführungskommando ist auch nicht die politische Leitungsebene. Zu diesen Dingen kann ich relativ wenig sagen. Ich kann Ihnen aber sagen, wie wir vor Ort unser Lagebild geschaffen haben. Ich habe Ihnen das schon aufgeschrieben, ich kann es aber wiederholen. Wir haben unser Lagebild durch eine Vielzahl von institutionell organisierten Kontakten und zusätzlich eigenständig angestregten Kontakten gebildet. Mein Kollege Andreas von Brandt und ich waren in einigen dieser Sitzungen gemeinsam, weil das Gremien waren, die wir gemeinsam besucht haben. Für mich besonders wichtig war die Sonntagsrunde, zu der Sie Deborah Lyons noch hören werden und die sie als Frühstück organisiert hat, bei denen man in einer kleineren Kerngruppe ein bisschen offener und Tacheles gesprochen hat. Man konnte das bilateral noch offener und stärker nachzeichnen. Das war sehr sinnvoll und sehr gut. Das war ein wichtiger Teil des Lagebilds.

Ein anderer wichtiger Teil des Lagebilds hat unser Sicherheitsbeauftragter, ein Bundespolizist, gemacht. Er war in dieser Gruppe von Sicherheitsbeauftragten, welche die operative Lage, insbesondere die Anschlaglage und die Vorbereitung des Botschaftsgeländes, die Vorbereitungen in der Stadt und so weiter, genau beobachtet haben, also die Sicherheitslage auf die Botschaft und das Botschaftsgelände bezogen. Dann hatten wir NATO-Lagen und VN-Lagen, bei denen dann relativ viel Intelligence [Aufklärung und Geheimdienstinformationen] hineinkamen, wie: Wo steht der Taliban? Wie steht der Taliban? Was hat er

vor? Was hat er nicht vor? Was macht IS? Wie sieht es in der Stadt aus?

Wir haben also eine Vielzahl von bilateralen und multilateralen Ebenen, aus denen sich das Lagebild kristallisiert hat. Ich selbst habe als Verantwortlicher der Botschaft dafür gesorgt, dass alles, was zu bekommen war, auch tatsächlich erhalten wurde und dann in den Morgenrunden, beziehungsweise in den direkten Gesprächen, zusammengetragen wurde. Es gibt noch eine dritte Person, die ich auch in der schriftlichen Ausarbeitung genannt habe. Ich habe ihn RK-1 genannt, weil es schnell gehen musste. Für die, die das Auswärtige Amt nicht ganz so gut kennen, das war unser Rechts- und Konsularreferent. Er saß in der Kabul Security Group oder wie sie hieß. Das ist eine Gruppe gewesen, die sich speziell mit der Sicherheitslage in der Stadt und den Vorkehrungen der internationalen Gemeinschaft beschäftigt hat.

Dazu kamen noch die Kontakte zum BND. Sie waren bei unserer Morgenrunde dabei, aber wir sind auch hingefahren und haben mit denen spezifisch bilaterale Gespräche im Nachgang geführt. Ich habe es, glaube ich, auch in meiner Ausarbeitung geschrieben. Ich habe nicht mit dem Thema Afghanistan angefangen, als ich dort hinkam. Ich bin zu dem Thema Afghanistan, Afghanistan-Lage, wie der Ausschussvorsitzende sagte, mit Beginn meiner Tätigkeit im Einsatzführungskommando gekommen, wo ich natürlich auch Zugang zu vielerlei Quellen hatte. Ich bin also mit einem relativ gesicherten – nicht gesichert im Sinne von sicher feststehend, aber mit relativ viel Informationen unterbauten – Lagebild schon vor Ort eingetroffen.

Ich glaube, in Berlin ist das eine ganz andere Perspektive gewesen. Das ist etwas, was Sie mir viel besser erklären können, als ich es Ihnen erklären kann. Wenn wir uns nur die letzten sieben Wochen ansehen, Juli, August 2021, waren das Zeiten des Wahlkampfes. Ich glaube, das hat eine gewisse Rolle in der Perzeption gespielt, nämlich: Wie passt das Thema Afghanistan in den Wahlkampf der verschiedenen Parteien? Das können Sie mir in der Pause erklären. Dann hatten wir



den Themenblock, der sehr stark bei uns angekommen ist, wenn es um den Asyl-Lagebericht, um die Durchführung eines bestimmten Rückführungsfluges oder um einen Besucher ging. Ein sehr starkes Thema, das aus Berlin immer wieder recht dominant an uns heran gespielt wurde, war die Frage der Aufrechterhaltung von Rückführungsflügen. Sie mussten unbedingt noch stattfinden, obwohl die Afghanen das nicht wollten. Da haben wir eine gemeinsame Erfahrung mit einem Bericht, der leider geleakt wurde, ein Heads of Missions-Bericht.

Zu den Themen interministerieller Austausch, Entscheidungswege und Budgetfragen, die auch eine Rolle gespielt haben, müssen Sie jemand anderes einladen, der diese Sachen hier vor Ort auf hoher Ebene gespielt hat. Das kann ich nur vom Hörensagen erzählen, das ist nicht interessant. Das wissen Sie alles selbst schon.

Was kam als Ergebnis als Lagebilder heraus? Eine große Vielzahl von Lagebildern, das kann man sagen. Da ist die Frage: Muss es ein Lagebild oder mehrere geben? Müssen sie widerspruchsfrei sein? Das ist auch eine Frage, die sich letztlich Berlin stellen muss. Ich kann nur sagen, wofür wir als Auslandsvertretung zuständig sind. Als Auslandsvertretung sind wir nicht dafür zuständig, den Berliner Betrieb in unsere Berichterstattung zu integrieren, dafür gibt es die Zentrale. Wenn ich in der Zentrale bin und Referent oder Referatsleiter bin, dann muss ich darauf schauen, wie ich eine Information präsentiere, damit sie bei Ihnen oder woanders in den Erwartungshorizont hineinpasst. Wo hole ich Sie ab? Wie präsentiere ich das? Wenn ich in der Auslandsvertretung bin, ist es meine dienstliche Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen, ohne das zu manipulieren oder vorzuzeichnen, zu berichten, was ich dort erlebe, einfach zu sagen, was ist. Und dann unterscheiden wir noch zwischen den Fakten und den Wertungen. Das hat einen guten Grund, dann kann jeder genau sehen, was wohin gehört. Ich habe es nie als meine Aufgabe verstanden und habe es auch nie gemacht – auch in anderen Positionen nicht –, dass ich diese Vermittlungsarbeit der Zentrale schon quasi in meiner Berichterstattung vorweggenommen habe. Das ist nicht meine Aufgabe, das habe ich nie so gesehen und

auch nie so gemacht. Ich stehe also in dem, was ich sage und geschrieben habe, nur für mich und als Geschäftsträger der Botschaft Kabul. Mehr habe ich dazu nicht beizutragen.

Für mich waren das Lagebild, mit dem ich ange-reist war – das hatte ich ein bisschen ausgeführt – und die verschiedenen Faktoren, die dazu kamen, Endgame. Wir sind auf den letzten vierhundert Metern. Jetzt ist nur die Frage, wo wir sind und wie schnell wir laufen. Und da hatte ich Ihnen zwei Schlüsselereignisse dargestellt. Das eine war das erste Treffen, bei dem Herr von Brandt und ich, uns kennengelernt haben. Am ersten Sonntag gleich nach Ankunft hieß es: Wir sind im Endgame. Das haben auch alle Kolleginnen und Kollegen dieser Sonntagsrunde bestätigt. Wir hatten noch ein bisschen Zeit, wahrscheinlich noch ein paar Monate – nicht viel, aber zwei oder drei Monate. Festlegen wollte sich noch keiner so richtig. Es war ernst, es lief in die falsche Richtung. Es gab vielleicht in Doha noch eine Chance, dort stand unmittelbar ein Treffen bevor. Aber wenn die Chance nicht genutzt wird, dann war es das im Prinzip.

Die Woche darauf haben wir uns wiedergesehen und dann hieß es zu der gleichen Frage – wir haben uns natürlich über die ganze Lage, nicht nur über diese eine Frage unterhalten: noch ein paar Wochen. Das war für mich die Lage: Wir sind im Endgame und ich habe ein paar Wochen Zeit, diese Botschaft auf einen Evakuierungspunkt vorzubereiten. Die Kolleginnen und Kollegen in der Botschaft vermittelten mir ganz klar das Lagebild: Wir sind nicht bereit. Wir hatten keine Evakuierungsplanung, die auf alle Fragen, die sich bei einer Evakuierung praktisch stellen, eine Antwort hatte. Wichtige Fragen waren nicht geklärt. Zum Beispiel die Fragen: Wie kann die Botschaft Sammelpunkt sein? Was brauchen wir dafür? Was muss sie für welche Art von Transport vorhalten – Landtransport oder Lufttransport? Helikopter oder nicht? Brauchen wir einen Helipad? Für wie viele Leute planen wir? Wie viel Wasser? Zelte? Zelte ohne Schutz in einer Beschusslage? Alle diese Fragen waren unklar. Mit welchem Szenario planen wir?



Der **Vorsitzende**: Achten Sie auf die Zeit, Herr van Thiel.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Zur Willensbildung: Genau das war letztlich das Problem. Ich habe schon gesagt, wie die Willensbildung einer Botschaft lief: Wir haben das integriert gemacht. Es war interessant, dass aus dem relativ übereinstimmenden Lagebild vor Ort ganz unterschiedliche operative Schlussfolgerungen gezogen wurden. Es gab die, die sehr schnell waren. Es gab die, die aus meiner Sicht vielleicht auch zu schnell waren, wie die Australier, die schon im Mai weg waren. Sehr schnell waren die Franzosen, die im Juli einen Charter geschickt haben, der aber so früh war, dass er noch fast leer wieder zurückgeflogen ist. Das ist vielleicht auch zu früh gewesen. Dann gab es aber die Anglo-Amerikaner, also die Amerikaner, die Briten und Kanadier, die relativ zügig ab Mitte oder Ende Juli ihre Leute rausflogen. Die EU war auch deutlich vor uns unterwegs. Die VN war auch vor uns unterwegs. Und wir waren unter den Allerletzten. Also, die Willensbildung bei uns war relativ langsam.

Zum letzten Punkt, der Fehlerkultur: Ich glaube, wichtig nach so einem Einsatz ist, dass man tatsächlich so eine Diskussion führt: Was wollten wir eigentlich? Was haben wir erreicht? Warum haben wir etwas nicht erreicht? Welche Fehler wurden gemacht? Und dass man daraus dann die Schlussfolgerungen zieht. Bei dem Afghanistan-Einsatz bin ich mir nicht immer sicher, ob wir vorher schon ganz genau definiert hatten, was wir konkret erreichen wollten, sodass das Fehler-aufarbeiten und der Lessons-Learned-Prozess relativ schwierig sind. Damit danke ich und bitte um Entschuldigung für die langen Ausführungen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr van Thiel. Herr von Brandt.

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder der Enquete-Kommission! Zu Ihrer ersten Leitfrage: Wann hat sich die Erkenntnis zu

einer politischen Lösung durchgesetzt? Ich würde zwischen einer allgemeinen und einer spezifischen Form unterscheiden. Die allgemeine Überzeugung hat über die 20 Jahre je nach Zeitpunkt, politischer Herkunft und Land sicher immer ab und zu existiert. Was dann aber im Jahr 2010 und 2011 in der Domäne der Nachrichtendienste und der Geheimdiplomatie begann, sollte spätestens mit der Verkündung der South-Asia-Strategy durch Präsident Trump und der Einsetzung des Sondergesandten Khalilzad im Jahr 2018 den Diskurs zu Afghanistan dominieren. Unser westlicher Ruf nach Friedensverhandlungen schien mir in erster Linie innenpolitisch motiviert, und das war durchaus legitim. Eine spezifische genuine politische Betrachtung der afghanischen Politik und einen möglichen Interessenausgleich zwischen verschiedenen Gruppierungen auch innerhalb der Aufstandsbewegung fand meines Erachtens nie ausreichend statt, da werden mir sicher meine hier vertretenen Kollegen zustimmen. Auch aus EU-Sicht spielte Deutschland eine wichtige Unterstützerrolle, auch bei der Frage, die Taliban an den Verhandlungstisch zu bringen. Unterbelichtet blieb allerdings aus meiner Sicht hierzulande oft, dass es in erster Linie um Verhandlungen zu einem US-Truppenabzug ging. Was Doha von Anfang an nie darstellte, waren seriöse, umfassende Friedensverhandlungen für Afghanistan.

Illusorisch war meines Erachtens die Annahme, die Taliban würden noch vor dem US-Abzug einem Kompromiss mit der Kabuler Republik zustimmen, zumindest war die Vorbereitung dafür mangelhaft. Ein weiterer Fehler war die übertriebene Konzentration auf den Zusammenhalt der Taliban. Tatsächlich ist dies natürlich entscheidend. Wenn – aber auch erst wenn – ein Verhandlungspartner sich verpflichtet hat, dann ist es wichtig, dass die Verhandlungspartner kompakt bleiben. Hier ging es aber eher darum, die Moderaten vielleicht dazu zu bringen, die Radikalen überhaupt von einer Verhandlungslösung zu überzeugen. Hier hätte man aus meiner Sicht viel mehr „Teile und Herrsche“ spielen können.

Schließlich kam im Sommer 2020 der vielleicht unwürdigste Teil des Deals, der gerade durchgepeitscht worden war: die Freilassung von 5.000



Gefangenen, darunter die gefährlichsten Urheber von Terroranschlägen und andere Schwerstkriminelle. Das war eine Rekrutierungsmaßnahme sondergleichen und auch eine moralische Aufwertung für die Taliban und eine Erniedrigung der Republik. Ich trat kurz danach im September 2020 den Dienst an und fand dort auf Botschafterebene eine sehr heterogene EU vor. Prinzipiell herrschte zwar Konsens über die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen, nicht aber über den Weg dahin und auch nicht darüber, welche Konzessionen erforderlich wären. Dazu kam noch, dass in Brüssel und anderen Hauptstädten lange Zeit die Wahrnehmung vorherrschte, Afghanistan zu helfen, indem wir nur die Republik stützten, und sozusagen das schmutzige Spiel von Botschafter Khalilzad nicht mitmachten. Diese EU-Intransigenz verkannte aber: als NATO-Alliierte hatten quasi alle dem Abzug und den Verhandlungen bereits zugestimmt und niemand war mehr kampfeswillig.

In den jeweiligen diplomatischen Systemen herrschte strenge Arbeitsteilung zwischen dem Personal in Doha und dem Personal in Kabul, was oftmals auch als internes Konkurrenzverhältnis wahrgenommen wurde. Kabul hatte neben den traditionellen Aufgaben von Berichterstattung, Kontaktpflege, Gremienabstimmung und so weiter überwiegend auch die Funktion, die Republik bei Laune zu halten, sozusagen zu beruhigen. Wir hatten kein Verhandlungsmandat für den Frieden oder für das Thema von Doha. Das führte dazu, dass sich manche Kollegen und Kolleginnen über die Jahre explizit gerade nicht mit dem Frieden befasst haben; hier schließe ich die hier Teilnehmenden explizit aus. Ich habe stets versucht, den Finger beim Thema Frieden in die Wunde zu legen, nicht zuletzt, um die Bevölkerung auch entsprechend kommunikativ vorzubereiten. Ein Beispiel: Als Biden die US-Präsidentenwahl gewann, schienen Präsident Ghani und Außenminister Atmar ziemlich beruhigt, geradezu aus dem Häuschen, und ich versuchte, deutlich Skepsis daran anzumelden, dass mit Biden alles gelöst sei. Auch gab es auf meine Initiative in der Internationalen Gemeinschaft in Kabul die lange überfällige Etablierung des nationalen Versöhnungsrates, zu dem wir den Präsidenten gedrängt hatten. Das fanden viele damals unfreundlich. Es war aber ein

Gremium, das zentral war, um die Verhandlungen weitergehen zu lassen.

Stattdessen hätten wir in Kabul aus meiner Sicht – das ist vielleicht auch eine Lehre – viel stärker vorbereiten müssen. Wir hätten Hypothesen testen müssen. Wir hätten Konzessionen ausloten können. Wir hätten beide Seiten zu Kompromissen drängen müssen. Die Erkenntnis ist, dass man entweder diesem Abkommen nicht hätte zustimmen dürfen oder man viel deutlicher den gesamten politischen Westen auf die nötigen Konzessionen und auch die sicherheitspolitischen Folgen hätte vorbereiten müssen.

Zu Ihrer zweiten Frage, zum Abzug selbst und den beiden Präsidentialadministrationen: Im September 2020 war meine persönliche Strategie eine Art engagierter Realismus, keine Luftschlösser mehr, sondern die Rettung eines Kernbestands, notfalls mit schmerzlichen Abstrichen. Ich hatte die US-Stimmung und auch die Verlautbarung von Biden über Afghanistan die ganze Zeit eigentlich sehr ernst genommen. Insofern fand ich es auch nicht überraschend, wie er sich dann positioniert hat.

Ich erlebte den sukzessiven Abbau der militärischen Fähigkeiten, die dysfunktionalen Sicherheitskräfte, die Kriegsmüdigkeit, die hohen Verluste von 80 bis 100 Personen täglich. Und dies traf, wie schon berichtet, eine relativ heterogene EU. Es gelang uns aber, die EU bis zuletzt als Einheit dort zu halten. Keine Botschaft ist vorzeitig abgezogen. Ob das im einen oder anderen Fall zu spät war, kann man diskutieren, aber es war auf jeden Fall ein politischer Akt. Es war nicht, wie später medial dargestellt wurde, Ahnungslosigkeit oder Leichtfertigkeit. Wir verfassten zum Beispiel einen Heads of Missions-Report zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung. Wir formulierten auf Konferenzen und öffentlichen Stellungnahmen, dass mögliche Verhandlungsteilnehmer der Taliban in Genf auch künftige Entwicklungshilfe bedingen würde. All das waren Dinge, die damals noch nicht als opportun galten. Man hatte mit den Taliban eigentlich gar keinen Kontakt zu halten und sie auch nicht öffentlich anzusprechen.



In der EU-Koordinierung über den Winter 2020 bemühte ich mich sehr oft, eine Art Realitätscheck einzuführen. Als Botschafter Khalilzad im Januar 2021 zum Beispiel plötzlich und unerwartet ein Power Sharing Agreement aus dem Hut zauberte und die gesamte EU-Kollegenschar das eigentlich, sagen wir mal, als schmutzdelig, zu spät und nicht passend empfand, habe ich damals gesagt: Wir haben vielleicht nicht mehr so viele Möglichkeiten, das Ende eines demokratischen Afghanistans zu verhindern. Und das Feedback innerhalb der EU war damals immer ein bisschen wie: The EU does not do regime change. Also: Wir wollten nicht so sein wie die Amerikaner.

Ein generelles Fazit: Wer wie wir, der Westen, bald 75 Prozent der öffentlichen Ausgaben Afghanistans finanzierte und über Jahrzehnte dermaßen eng verbunden war, hätte durchaus robuster mit unserer Partnerregierung umgehen und sich stärker bemerkbar machen oder zumindest die afghanische Öffentlichkeit stärker auf das Kommende vorbereiten müssen.

Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, sage ich noch zwei Sätze zu der konkreten Evakuierung, die ich spätestens im Februar 2021 begonnen habe. Die Besonderheit der EU ist, dass wir keine Streitkräfte und keine souveränen Polizeikräfte haben. Wir hatten eine Sicherheitsfirma, die uns in der letzten Minute verlassen hat, weil sie nach monatlichen Bekundungen, dass sie alles im Griff hätten, vier Wochen vor dem Ende von Kabul sagten, sie könnten leider nicht mehr landen und die Leute nicht mehr ausfliegen. Das führte dazu, dass ich mich selbst mit drei Personen in den Schutz einer nationalen Botschaft begab. Ich hatte meine Expats, also meine europäischen Sicherheitskräfte, über die Monate Juni und Juli schon ausreisen lassen.

Die Schritte Kapitalflucht, Exodus der afghanischen Elite, die täglichen Kontakte unserer Humanitären, der Nachrichtendienste und der Militärs haben mich dann eigentlich nicht mehr überrascht sein lassen, als es im August so weit war. Zum Schluss hatten wir sogar Elitesoldaten der Palastgarde, die um Asyl gebeten hatten. Insofern ging es in den letzten Wochen nur noch

darum, Umzugsmöglichkeiten für unsere lokalen Mitarbeitenden zu finden. Auch hier war eine Besonderheit: Die EU kann keine Visa vergeben. Wir mussten sozusagen betteln gehen. Das haben wir dann für 525 Personen geschafft, die in den letzten Stunden vom Flughafen aus alle ausreisen konnten. Ich begab mich zuletzt am 15. August zum Flughafen HKIA [Hamid Karzai International Airport], hielt mich noch eine Woche dort auf und konnte dann ausreisen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihren Bericht, Herr von Brandt. Wir starten mit der SPD-Fraktion. Frau Türk-Nachbaur, Frau Prof. Schröder und dann Herr Prof. Gießmann.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Herren, für Ihre anschaulichen Berichte und Einblicke. Meine Frage geht an Herrn von Brandt. In Ihrer NATO-Zeit waren Sie auch Mitarbeiter von NATO-Generalsekretär Stoltenberg. Wir sprechen in der Enquete-Kommission viel über Abstimmungen zwischen den Ressorts et cetera. Wie verliefen die Abstimmungsprozesse zum Afghanistan-Einsatz in der NATO? Und welche Rolle hat Deutschland dabei gespielt? Und als Unterfrage: Inwiefern unterschieden sich die Abstimmungsprozesse innerhalb der NATO, innerhalb der Botschaft und der EU-Delegation in Afghanistan? Danke.

Sve **Prof. Dr. Ursula Schröder**: Vielen Dank. Die Enquete-Kommission soll aus den Einsätzen in Afghanistan Lehren für zukünftige Politikgestaltung ziehen. Deswegen hätte ich zwei Fragen, die sich auf den vernetzten Ansatz beziehen, weil wir insbesondere dort Lehren ziehen sollen.

Die erste Frage geht an Herrn van Thiel: Auf Basis Ihrer eigenen Erfahrungen aus der Froschperspektive, welche Lehren würden Sie jenseits der relativ generischen Fehlerkultur, die Sie genannt hatten, in der Vernetzung der Ansätze vor Ort ziehen? Was kann man aus den Fehlern, die in den letzten paar Jahren gemacht wurde, an Lehren ziehen?



Und eine Frage an Herrn von Brandt zur Vernetzung der unterschiedlichen Donors, der Geber, und insbesondere der Europäischen Union, aber auch der NATO und der Botschaft: Es ist eine ungewöhnliche Konstellation von Expertise, die Sie vereinen. Da ist die Frage: Welche Koordination gab es in der Übergabe der politischen Aktivitäten an die afghanischen Stakeholder in den letzten Jahren? Sie sprachen schon von einer Übergabe der Sicherheitsverantwortung, von der Übergabe der Botschaften. Wie wurde das gemacht? Was lief gut, was hätte verbessert werden können?

Der **Vorsitzende**: Herr Gießmann.

**SV Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann**: Vielen Dank auch von meiner Seite. Ich habe eine zweigeteilte Frage, die erste richtet sich an Sie beide: Was haben die regelmäßigen Runden auf Botschafterebene in Kabul eigentlich gebracht? War das ein Informationsaustausch oder gab es da auch tatsächlich Versuche zur Koordinierung? Und die zweite Frage an Herrn von Brandt: Wie schätzen Sie die Rolle Deutschlands in den Bemühungen, einen Konsens zwischen den europäischen Staaten im Rahmen der Europäischen Union herzustellen, ein? Wie war aus Ihrer Sicht der Delegation die Wahrnehmung der Rolle Deutschlands als EU-Mitglied vor Ort?

Der **Vorsitzende**: Wollen Sie beginnen, Herr von Brandt?

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Ja. Zu Ihrer Frage, Frau Abgeordnete, zuerst zur NATO: Zum einen war ich im Private Office des NATO-Generalsekretärs nicht für Afghanistan zuständig. Da mag vieles gelaufen sein, von dem ich keine Kenntnis hatte. Aber was die großen Gremienentscheidungen angeht, war die Debatte natürlich von 20 Jahren schwierigem Nicht-Fortschritt geprägt, um es diplomatisch zu sagen. Insofern war es keine Überraschung, dass man mit dem Einsatz zu Ende kommen wollte. Ich meine, Sie wissen alle, die Afghanistan-Fatigue [Müdigkeit] war überall groß.

Deutschland hat aber im Nordatlantikrat immer eine sehr kritische Rolle gespielt. Ich würde sagen, Deutschland und vielleicht noch ein, zwei weitere Alliierte haben sich überhaupt getraut, dem Platzhirsch, den Amerikanern, etwas entgegenzusetzen. Und das hieß dann sehr oft, das Mantra zu wiederholen: In together, out together. Das sollte letztlich nur heißen: Wir bleiben zusammen. Und die Einheit der NATO, die Einheit des Westens war sowieso ein wichtiges Kriterium. Es hatte nicht immer sehr viel mit Afghanistan zu tun, aber es war natürlich ein wichtiges Kriterium.

Zu Frau Prof. Schröders Frage nach der Geber-Vernetzung: Die Debatte vor Ort war eine quasi-multilaterale. So oft, wie wir uns in den verschiedenen Formaten dort getroffen haben, habe ich das selten irgendwo anders erlebt. Das war wie eine kleine VN. Man hatte täglich genug mit NATO, VN, EU und noch irgendwelchen Sonderformat-Abstimmungen zu tun. Und sie dienten natürlich dazu, sich auszutauschen und nach Hause zu berichten. Aber die klassische Regel bedeutet auch, die Politik wird in den Zentralen gemacht. Das ist auch legitim und demokratisch so richtig. Aber manchmal kann man schon die Vielzahl, diese Proliferation von immer gleichen Unterrichtungen hinterfragen. Man konnte teilweise nichts Neues erleben, so viel saß man zusammen. Herr van Thiel und ich haben beide oft versucht, das mit ein paar anderen Gesprächen zu spiegeln. Jede Organisation meint es immer gut und jede Organisation hat ihre Gremienstruktur, ihre Feedback-Loops und ihre formalen Verpflichtungen. Aber ich würde sagen – und das gilt oft im Diplomatischen –, dass es oft ein gegenseitiges Unterrichten ist, was auch schon wichtig ist. Aber da finden selten offene Debatten statt, weil sie auch immer mit den jeweiligen Entscheidungen der Hauptstädte und mit den Vorgaben zu tun haben. Ich kann in Kabul nicht darüber entscheiden, ob ich hier noch bleiben will oder nicht. Ich kann höchstens sagen: Ab morgen wird es lebensgefährlich oder so. Insofern gibt es da vielleicht Einiges zu lernen. Aber auch bei der EU und der NATO tut sich viel, es wird mehr zusammengearbeitet, es wird mehr zusammen diskutiert. Aber ich glaube, es wäre falsch, sich vorzustellen, dass im diplomatischen Rahmen ein ganz ergebnisoffenes Diskutieren wie in der



Wissenschaft oder woanders möglich ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Vielleicht ergibt es sich, bei einer nächsten Runde noch weiter zu ergänzen. Herr van Thiel.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für Ihre Frage, Frau Prof. Dr. Schröder. Welche Lehren würde ich aus der Vernetzung vor Ort ziehen? Ich müsste dann auf das Jahr 2009 oder 2010 zurückgehen, denn 2021 hatte ich, wie ich auch schriftlich dargelegt habe, gar nicht mehr die Chance, die Bundeswehr vor Ort zu erleben. Sie war seit Juni komplett abgezogen, anders als andere. Die Vernetzung vor Ort, haben wir im Common Effort probiert. Dass wir so wenig integriert waren, hat mich als Leiter des PRT in der Tat sehr beschäftigt. Ich war ziviler Leiter und hatte auch noch den zweiten Hut auf, Leiter der Außenstelle der Botschaft. Ich nehme an, dass die, die das damals erfunden hatten, sich dabei etwas gedacht hatten, nämlich sicherzustellen, dass alle deutschen Zivilen auch von diesem Leiter koordiniert werden. Dem war aber nicht so. Das BMZ hat versucht, sich so weit wie möglich nicht koordinieren zu lassen und hat das sehr ressortmäßig gesehen. Der zivile Leiter kam aus dem AA. Die Frage, wer was in Afghanistan macht, war in Berlin hoch umstritten. Das BMZ fürchtete den Einmarsch des AA in die Entwicklungshilfe über den Überbegriff der Stabilisierung. Ich glaube, diese Furcht ist bis heute nicht ganz behoben. Und entsprechend war das vor Ort, das ließ sich schwer lösen.

Die deutsche Polizei vor Ort in Faizabad, das GPPT, German Police Project Team, lief formell gar nicht unter mir, sondern unter der Polizei Kabul. Sie saßen völlig frustriert in der Unterkunft, weil Kabul sich nicht um sie kümmerte. Dann habe ich mich derer angenommen und wir haben dann gemeinsame Geländeerkundung gemacht, Polizei-Kontakte hergestellt und dann selbst die Bedarfe festgestellt. Die Fähigkeiten, die diese Polizisten hatten, waren herausragend, das muss man sagen. Die Landespolizeien haben ganz hervorragende Leute, auch aus Berlin – vielen

Dank dafür – geschickt. Die konnten etwas, die wollten etwas und waren hoch motiviert. Und wir haben gemeinsam ein örtliches Polizeiprojekt entwickelt. Das war ganz gut, das hat sich so ergeben, aber es war von der Struktur her nicht vorgesehen. Und der BND läuft sowieso nebenher. Das ist die Frage: Wie baut man so eine Struktur auf? Wir haben es im Common Effort mit einer Stärkung der Struktur versucht, wie ich geschrieben habe. Herr Nachtwei kennt das auch, deswegen muss ich das nicht so weit ausführen. Es ist in der NATO danach auch mehrfach geübt worden. Das haben wir gemacht.

Was mir sonst noch bei solchen Strukturen, aber auch bei Inhalten, sehr wichtig war: wenn Sie tätig werden, müssen Sie sich auf der Zeitschiene sehr früh sehr klar sein, was Sie eigentlich machen und erreichen wollen. Wenn man, so wie ich, 2009/2010 kommt und wir schon seit 2004 vor Ort waren und man mit der Abzugsentscheidung das erste Mal richtig Geld bekommt, dann ist die Frage: Was wollen sie eigentlich? Wollen sie Afghanistan verändern? Oder wollen sie da gewesen sein? Das war nicht klar. Und in diese Unklarheit darüber, was wir da eigentlich im großen Ganzen machen sollten und diese schwach integrierten Akteure vor Ort, hat sich eine gewisse Vielschichtigkeit und Vielsträngigkeit eingeschoben. Das habe ich als Lehre mitgenommen und probiert, positiv in der Übung Common Effort mit den Niederländern gemeinsam und mit Oberst Spann und General Lohn zu bearbeiten. Und zumindest auf der theoretischen Ebene haben wir ein bisschen gemacht.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion sind Herr Beyer und anschließend Frau Dr. Zeino an der Reihe.

Abg. **Peter Beyer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich habe eine Frage an Herrn van Thiel und einige Anmerkungen. Ich will mehr Froschperspektive haben. Ich bin froh, dass Sie die Feldperspektive oder die Froschperspektive sowohl in Ihrer schriftlichen Vorabereinreichung und in Ihren Äußerungen gerade mit uns teilen, und da will ich bei der einen oder anderen Stelle nachfassen. Sie



sprechen in Ihren schriftlichen Einlassungen bei dem Lagebild von einem klaren Auseinanderfallen zwischen dem, was vor Ort in der Froschperspektive war und dem, was in Berlin in der Zentrale – gemeint ist der Werdersche Markt, das Auswärtige Amt – angekommen ist oder wie man das einschätzte. Sie sprechen in Ihren schriftlichen Ausführungen sehr klar von Widerstand aus der Zentrale, von alternativen Lagebildern. Das lässt aufhorchen. Ich war selbst vier Jahre lang auf der Leitungsebene des Auswärtigen Amts unterwegs, damals als Transatlantikkoordinator. Ich war in die Sachen, um die es hier geht, nicht eingebunden, aber ich habe dort auch meine eigenen Erfahrungen gemacht, das will ich hier an der Stelle nur andeuten. Im Grunde genommen erschreckt das, was Sie sagen und was Sie schreiben. Sie schreiben an einer Stelle auch darüber, dass empfohlen wurde, keine DKOR [Diplomatische Korrespondenz der Botschaft mit bestimmtem Verteiler] zu schreiben und Sie zitieren, „Du weißt doch, wie die Zentrale tickt.“ An einer anderen Stelle sprechen Sie davon, dass Sie aufgefordert wurden, nichts nach Berlin zu kabela. Vielleicht können Sie dazu etwas ausführen. Ich will eine Frage formulieren, die heißt: Welche Erklärung haben Sie für diese alternativen Lagebilder? Ich scheue mich ein bisschen davor, alternative Fakten zu sagen. Liegt oder lag es an Personen? Wenn es beamtete Personen waren, sind sie immer noch im Auswärtigen Amt? Ich möchte es mir für zukünftige ähnliche Situationen nicht vorstellen, wenn diese Personen immer noch an entsprechenden Entscheidungsstellen sind. Deswegen: Welche Erklärung haben Sie?

Der **Vorsitzende**: Frau Dr. Zeino.

SVe **Dr. Ellinor Zeino**: Vielen Dank an beide Redner auch von meiner Seite. Meine Frage geht in die gleiche Richtung, aber ergänzt die Frage vielleicht noch. Sie geht vor allem an Jan Hendrik van Thiel, aber vielleicht kann Herr Andreas von Brandt auch noch eine Perspektive dazu beitragen. Meine Frage bezieht sich auf die Lagebilder, die Sie in der Stellungnahme teilweise als normatives Wunschdenken bezeichnen. Meine Frage ist: Welche Gründe gab es eventuell noch für diesen verspäteten deutschen Abzug, den Sie

so beschrieben haben? War das normatives Wunschdenken oder vielleicht auch strategisch politische Kommunikation, um Panik zu verhindern? Drittens, und das ist für mich ein kritischer Punkt: Bestand vielleicht gar kein Interesse, wenig Interesse oder auch gar kein Wille, zu dem Zeitpunkt abzuziehen? Mir hatte sich am Ende manchmal der Eindruck aufgedrängt, dass man auf der diplomatischen Ebene noch versuchen wollte, den Verhandlungsprozess weiterzuführen. In der Entwicklungszusammenarbeit hatte ich oft den Eindruck, man möchte die Ortskräfte nicht abziehen, weil man weitermachen möchte, also auch unter einem neuen Taliban-Regime. Wie sehen Sie das? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr van Thiel, wollen Sie starten?

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Gerne. Vielen Dank für die Fragen. Herr Beyer, man schreibt sich manchmal um Kopf und Kragen, vor allem, wenn man keine Zeit hat, den Text noch dreimal Korrektur zu lesen. Erschrecken wollte ich Sie eigentlich nicht. Sie sehen auch bei mir selbst, dass ich eigentlich nicht so wahnsinnig erschrocken war. Für mich ist das ein Fakt, dass die Lagebilder nicht übereinstimmten. Und Widerstand ist auch ein Fakt. Wenn Sie konkrete Dinge vorschlagen und sie nicht gemacht werden, dann ist natürlich das Wort Widerstand falsch, weil die Zentrale entscheidet und der Widerstand könnte eigentlich nur von uns kommen. Insofern ist die Wortwahl schlecht. Aber ich würde sagen, dass das Auseinanderfallen des Lagebildes auch zu einem Auseinanderfallen der Wahrnehmung der Dringlichkeit von bestimmten operativen Maßnahmen zur Vorbereitung der Evakuierung führte. So wäre es wahrscheinlich korrekter ausgedrückt als mit dem emotionalen Wort „Widerstand“.

Zu der Frage mit den DKOR: Das habe ich aufgenommen, weil es auch im Spiegel stand, und weil ich mir dachte, dass das auf mich zukommt. Das ist in der Tat so und es ist ungewöhnlich. Es war schon in Badachschan so und damals kam es aus der Zentrale mit dem positiven Unterton:



„Wir wollen es einfach ungeschminkt haben.“ Das war klar. Also: „Du, Jan Hendrik, berichtest nicht nur oder nicht primär auf dem formellen Weg über die Botschaft Kabul – politically sanitized –, sondern wir wollen wissen, was da vor Ort passiert.“ Das habe ich dann auch gemacht. Und dieses Mal war es so, dass mir in der Vorbereitungszeit auf den Einsatz in mehreren Referaten – ich kann nicht sagen, dass ich vom Herrn Minister oder von der Staatssekretärin oder vom Staatssekretär eine Weisung bekommen hätte – gesagt wurde: „Pass auf, was du wie berichtest. Afghanistan ist, wie du weißt, hochsensibel. Wenn du eine DKOR machst, in der die Dinge sehr deutlich stehen, führt das zu Aufregung.“ Da es mir aus dem ersten Einsatz bekannt war, hat es mich null überrascht. Das ist nachvollziehbar. Wenn man das Informationsinteresse hat, was die Arbeitsebene in der Zentrale auch haben sollte, und gleichzeitig aber nicht will, dass es jedes Mal eine große Welle gibt, ist es erst einmal nachvollziehbar. Ich kannte das auch, deswegen hat mich das nicht überrascht.

Ich habe allerdings für mich den Schluss daraus gezogen, dass ich dann aber auch die Licence for Truth habe. Ich darf dann auch einfach das berichten, was ich erlebe. Das ist die umgekehrte Seite der Geschichte. In dem Moment, in dem man sagt: Du darfst nicht die große Welle nach oben machen, aber du sollst für uns für Klarheit sorgen, dann gibt es Klarheit. Und dann möchte ich auch noch persönlich hinzufügen, was auch im Spiegel stand: Ich bin da nicht durch Zufall hingekommen. Man kennt mich mittlerweile im Auswärtigen Amt, wo ich seit 28 Jahren bin. Und ich bin dafür bekannt, dass ich relativ klare Analysen mit Schlussfolgerungen mache, dass ich auch relativ klar die Punkte überbringe und dass ich entscheidungsfreudig bin. Und genau deswegen hat man mich dahin geschickt. Das war die Ansage, als man mich dorthin geschickt hat. Insofern konnte ich im Nachhinein nur schwer verknusen, dass mir daraus eine Kritik gemacht wurde.

Zu Frau Dr. Zeino und der Frage nach dem normativen Wunschdenken, der Gründe und der Kommunikation. Das sagt vielleicht mehr über mich und über meine Gefühlslage aus, es ist nicht

so ganz objektiv ausgedrückt. Die Lagebilder in Berlin waren anders. Auch ich habe bis heute Schwierigkeiten zu verstehen, warum sie so anders waren. Das ist mir noch nie passiert. Es war nicht die erste Krise, in der ich war. Als ich in Juba [Südsudan] war und das Militär aufmarschierte, die Malong-Krise, sah es kurz so aus, als würde es den Bach runter gehen. Dann habe ich in der Krise selbstverständlich mit 040 [Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amts] und dem Länderreferat gesessen und man hat mir zugehört und es war wichtig, was ich gesagt habe. Ich habe auch andere Krisen nach Afghanistan als Referatsleiter erlebt. Bei S01 [Grundsatzfragen Krisenprävention] war ich auch mal kurz. Ich habe auch Äthiopien und die Ukraine erlebt.

**Der Vorsitzende:** Wir müssen wieder einen Punkt machen.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Es war für mich ungewöhnlich, warum das so war – ob das kommunikativ war, ob das Politik war. Aber Ihr Eindruck, Dr. Zeino, war richtig: Die EZ [Entwicklungszusammenarbeit] und andere, auch im AA, wollten weitermachen, auch mit den Taliban. Den Eindruck habe ich auch gehabt.

**Der Vorsitzende:** Herr von Brandt.

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Ich kann zur deutschen Debatte nichts beitragen. Ich will nur daran erinnern, dass die Republik in Afghanistan aus meiner Sicht nicht wegen irgendeines einzelnen technischen Problems scheiterte. Es lag nicht an nicht-kämpfenden Streitkräften. Diese haben ganz schön gekämpft, und zwar über Monate und Jahre. Es war auch nicht der eine wirtschaftliche Fehler. Es war auch nicht die eine Fehlentscheidung. Es war ein ganzes Bündel von schwierigen Entscheidungen. Und mein Punkt ist, dass letztlich so etwas wie eine Stimmung, eine Moral den Ausschlag dafür gegeben hat, warum Kabul zum Schluss kampfflos überlassen wurde. Es gibt viele Dinge, die man da erwähnen kann, zum Beispiel die berühmten geheimen Anlagen des Deals, die immer zu Stirnrunzeln und zu aller-



hand Verängstigung bei den Afghanen geführt haben. Und so war das auch in den letzten Tagen. Es zählte die Stimmung und es zählte auch, wer sich klar pro Republik positionierte. Und ich glaube, daraus kann man sicher schließen – ohne dass ich die Einblicke habe, dass verschiedene europäische Hauptstädte versucht haben, die Republik nicht sofort fallen zu lassen. Dann kann man streiten, ob das ein, zwei oder fünf Tage zu spät war. Aber es war auf jeden Fall eine ganz klare Strategie, dass wir die Ghani-Regierung, mit der wir in den Monaten und Jahren davor, wie ich es ausgeführt habe, durchaus hätten kritischer umgehen müssen, in diesen Tagen sozusagen nicht noch von hinten erdolchen wollten. Das ist sicher auch eine Überlegung gewesen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Frau Gambir, Frau Mielke und dann Herr Nachtwei das Wort.

Abg. **Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank auch von meiner und unserer Seite. Ich habe eine kurze Frage zu den Lageberichten an Herrn van Thiel oder an Sie beide. Wie bekommen wir das in Zukunft hin, dass diese Lageberichte intakt sind? Und verstehe ich Sie richtig, Sie haben gesagt, Sie waren 28 Jahre beim AA. Sprechen Sie dann nur für die Lageberichte Afghanistan oder betrifft es auch andere Regionen? Das würde mich interessieren.

Die andere Frage ist: Als Sie, Herr van Thiel, in Afghanistan ankamen, gab es ausgearbeitete Notfallpläne, gab es einen Fahrplan für die deutsche Botschaft, wie es weitergeht, wenn es zur Evakuierung kommt? Die gleiche Frage geht auch an Herrn von Brandt, in Bezug auf die Fahrpläne von der Europäischen Union. Und hatte man die Hoffnung, dass es einen Rückzug von einem Rückzug gibt? Das ist mein Eindruck, da würde mich Ihre Meinung interessieren.

Sve Dr. **Katja Mielke**: Herzlichen Dank für Ihren Input. Meine Frage geht an Sie beide und führt ein wenig von der unmittelbaren Abzugssituation weg. Sie waren beide zu verschiedenen Zeitpunkten sowohl auf der strategischen Ebene als

auch auf der operativen Ebene mit dem Thema zivile Krisenprävention beschäftigt. Meine Frage wäre: Welchen Stellenwert hatte zivile Krisenprävention innerhalb des vernetzten Ansatzes, sowohl einerseits in Deutschland als auch andererseits in der EU? Wie bewerten Sie diese? Welche Lehren würden Sie daraus für die Zukunft ziehen? Danke.

SV **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Fragen an Sie beide. Sie haben bzw. hatten zuletzt mit der Abteilung S des Auswärtigen Amts [Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und humanitäre Hilfe] als Leiter des Referats Grundsatz zu tun. Die Abteilung S wurde im Jahre 2015 gegründet. Wäre es für den Afghanistan-Einsatz hilfreich gewesen, wenn es eine solche Abteilung im AA schon zehn Jahre eher gegeben hätte?

Dann die zweite Frage. Ich muss schon sagen, dass das, was Sie über die fehlende Evakuierungsplanung berichtet haben, mich fassungslos macht, weil ich bisher die Vorstellung hatte, dass zum Beispiel – so hat man es bei Unterrichtungen im Krisenreaktionszentrum auch gehört – Vorbereitungen für alle möglichen Botschaften in Krisenländern existieren, um gegebenenfalls deutsche und europäische Staatsbürger heraus zu holen und dass das auch regelmäßig untersucht wird. Und da muss ich sagen, dass mir bei dieser fehlenden Evakuierungsplanung das Muster der Verdrängung von möglichen Worst-Case-Szenarien, wenn diese nicht in den Kram passen, auffällt. Bei der Ukraine war auch etwas Ähnliches zu finden. Wie ist das genauer zu erklären?

Und das Letzte: Sie beide sind Diplomaten, die sich in Konfliktländern in zugespitzten Krisenlagen zu bewähren hatten und bewährt haben. Und zu Ihrer Grundbefähigung gehört, genau hinzusehen und ungeschminkt zu berichten. Dies zu tun, müsste in allen anderen Hierarchieebenen nicht nur zugelassen, sondern gefördert und erwartet werden. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr von Brandt und dann Herr



van Thiel.

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Zur Frage von Frau Abg. Gambir, zuerst zu den Lagebildern: Ich glaube, in Afghanistan hatten wir eine absolute Sonder-situation, eine Industrie von Lagebildern. Und allein in Deutschland gab es den BND, die GIZ, und die EZ, die ihre Systeme hatten. Eigentlich wurde man von überall mit Lagebildern über-schwemmt, die dann, weil es so viele und so ausführliche waren, natürlich auch immer dafür genutzt wurden, die Unterschiede zu sehen. In einem Land, wo so etwas nicht existiert, hat man vielleicht einen viel größeren Schrecken, weil man denkt: „Hier knallt es doch und jetzt wird es gleich ganz gefährlich.“ Dort hatten wir so viele diverse Lagebilder von der NATO, von der EU und von anderen, dass wir dann vielleicht zu feingliedrig die Unterschiede angeschaut haben und manchmal vielleicht den Wald vor lauter Bäumen übersehen haben. Aber trotzdem sind Lagebilder nur eine Entscheidungsgrundlage. Keiner von uns ist daran gehindert, sein eigenes Urteil, seine eigenen Gesprächspartner und seine eigene Wahrnehmung zu berichten.

Zum Thema der Hoffnung auf einen Rückzug vom Rückzug ein ganz klares Nein. Das habe ich vorher versucht darzustellen. Es gab immer ein waberndes: „Wir sind doch Demokraten, wir müssen doch die Demokratie schützen.“ Darauf habe ich dann immer gefragt: „Mit welchen Soldaten? Wir haben doch gerade den Abzug beschlossen.“ Und mit EU meine ich jetzt die große EU, also die 27 Mitgliedstaaten und alle, die darüber sprachen. Aber in meinem damaligen System, in meiner Hierarchie, gab es, glaube ich, niemanden mehr, der noch damit rechnete, dass der Abzug oder der Rückzug umentschieden wird. Es gab vielleicht hier und da noch die Hoffnung, dass der 11. September 2021 um vier Wochen verlängert wird, aber das hätte es auch nicht gerettet.

Zu Frau Dr. Mielke und der zivilen Krisen-prävention: Ich glaube, was man vielleicht lernen kann und auch schon beschrieben wurde, ist, dass man die direkte Dividende, den entwicklungs-

politischen Erfolg, bei der Clear-and-Hold-Strategie, direkter in dem Territorium gezeigt hätte und nicht überall EZ gemacht hätte. Dann wäre die Kausalität klar gewesen: Wir haben hier das Territorium befreit und dafür gibt es jetzt diesen Fortschritt. Aber ich würde umgekehrt sagen, dass es natürlich auch ein Problem der Hard Security war. Also ich würde das Ganze nicht nur als Problem der zivilen Krisen-prävention, sondern letztlich auch als Problem des Unwillens weiterzukämpfen sehen. Das ist auch durchaus verständlich, aber es war ein Problem der ganzen Architektur. Wir hatten zum Schluss 18.000 US-Contractors im Land. Und viele redeten immer nur über die US-Soldaten. Aber plötzlich waren die 18.000 Flugzeug-ingenieure und Munitionsexperten weg. Und die haben dann auch gefehlt. Diese ganze Architektur gilt es sicher zu überarbeiten.

Zu Herrn Nachtwei und der Abteilung S: Es ist natürlich immer gut, das sage ich als Vertreter der Abteilung, und es hätte sicher auch zehn Jahre vorher schon gut getan, vor allem wenn sie die Verzahnung Politik, militärisches Denken mit der Stabilisierungsidee zusammen denkt und viel-leicht auch etwas mutiger ist und sozusagen Mut zum Risiko, Mut zu Experimenten hat. Aber ich sage hier auch, dass wir, wie gesagt, 75 Prozent der Staatsausgaben des Landes finanziert haben, und die Projekte der Abteilung S kommen da nicht ran. Das heißt, es war doch eine ganz große Nummer, die wahrscheinlich auch eine Abteilung S allein nicht schultern könnte.

Der **Vorsitzende**: Und Herr van Thiel.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Gab es nur in Afghanistan eine Vielzahl von Lageberichten? Nein, ich kenne es aus allen Länderkontexten, in denen ich gearbeitet habe, dass Lagebilder gerade auch mit der Chausseestraße [Sitz des BND] nicht immer deckungsgleich sind. Es ist dann nur die Frage, wie das dann in Berlin aussortiert wird. Die Frage kam auch ein bisschen im Schriftlichen vor. Das sind letztlich Dinge, die die Berliner Strukturen angehen. Das sind die Sachen, die Sie



diskutieren, wie das Sicherheitskabinett oder: wie funktioniert das AA im Verhältnis zu den anderen Häusern? Zum Kanzleramt? Braucht man einen nationalen Sicherheitsrat? All diese Fragen spielen eine Rolle, aber dass erst einmal vor Ort aus verschiedenen Perspektiven unterschiedliche Lagebilder entstehen, halte ich für relativ normal. Wichtig ist nur, dass es konsolidiert wird. Und ich glaube schon – vielleicht eine Nuance anders als Andreas von Brandt –, dass wir vor Ort schon sehr weit integriert haben. Auch mit dem BND hatten wir eine sehr weitgehende Übereinstimmung und auch mit der GIZ; ich habe mich sehr stark darum bemüht, mit denen zu integrieren. Auch in der EU haben wir uns immer intensiv abgestimmt. Dass beantwortet auch ein bisschen die Frage von Prof. Gießmann: Was kommt dabei heraus? Dabei kommt eine Verdichtung heraus, dass man Argumente austauscht und verwirft und so weiter. Das hat eigentlich ganz gut funktioniert, aber das Auseinanderfallen zu Berlin gab es in der Tat. Und wie man das dann auf Berliner Ebene am besten löst, ist eine Sache, die ich nicht beurteilen kann. Aber dass Bedarf dafür besteht, kann ich bestätigen.

Zu Notfallplänen und einem Fahrplan: Es gab im Februar einen Besuch eines Krisenunterstützungsteams. Es gab einen Plan, der aber nicht als Fahrplan oder als Notfallplan in sich ausreichend war. Das Team hat besichtigt und etwas aufgeschrieben und zwar einige Punkte, die ich vorhin schon erwähnte: die Botschaft als Sammelpunkt, Abholung, wenn möglich, vom Flughafen. Die Abholung vom Flughafen ist der Klassiker. So ist 2013 und 2016 auch Juba evakuiert worden. So ist jetzt zuletzt auch der Sudan evakuiert worden. Aber es gab große Lücken. Wie kann die Botschaft als Sammelpunkt arbeiten, wenn gleichzeitig Botschaftsangehörige von den Amerikanern per MOU [Memorandum of Understanding] evakuiert werden? Wie geht das? Das kann ich nicht erklären. Wenn wir ein Sammelpunkt sein müssen, hätten wir dableiben müssen.

Wovon reden wir überhaupt? Wir reden nicht über die französischen 300, wir reden von mehreren Tausend Deutsch-Afghanen. Wer ist denn zu evakuieren? Wenn ich im EFK [Einsatzführungskommando] beim NatKav

[Nationale Krisenvorsorge] gefragt habe, sind die von der Botschaft ausgegangen. Die Botschaft ist aber eine andere Hausnummer, als wenn ich alle Deutschen evakuieren will. Noch einmal eine ganz andere Hausnummer ist es, wenn ich die Ortskräfte evakuieren will. Aber die Entscheidung zur Evakuierung der Ortskräfte kam am Mittwoch vor unserer Evakuierung, die dann letztlich auf Grundlage des MOU stattfand. Was sind wir eigentlich als Botschaft? Wen evakuieren wir? Wen nehmen wir in der Botschaft auf und wie? Wir haben keine Schleuse gehabt, wie soll ich überhaupt den normalen Afghanen von einem anderen Afghanen mit deutschem Pass unterscheiden? Passkontrolle – Wie mache ich das? Welche Kräfte habe ich dafür? Wer sichert den Perimeter? Darauf gab es keine Antworten. Es gab keine Antworten, sondern es war einfach mal so vorgesehen. Wie versorge ich die Menschen? Wo bringe ich sie unter? Soll ich sie in den beschädigten Häusern unterbringen, die nicht sicher waren? Was mache ich mit denen? Die Bundeswehr holte bisher immer vom Flughafen ab. Alle Evakuierungen, die ich gesehen habe, gingen immer vom Flughafen ab. Aber wie kommen die Leute zum Flughafen? Das ist eine ganz wesentliche Frage. Also, es gab einen Notfallplan, aber der war in wesentlichen Fragen nicht schlüssig und nicht abschließend und daran musste gearbeitet werden.

Der **Vorsitzende**: Der nächste Punkt muss jetzt sehr kurz sein.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Ich komme zum Thema zivile Krisenprävention, das mir am Herzen liegt. Ich habe das Zivil-Militärische immer sehr wichtig genommen. Ich glaube, die Militärs auch. Sie haben immer gesagt, sie brauchen auch die zivile Seite. Und ich glaube, anders als andere zivile Akteure, die das ablehnten, dass es für unsere Sicherheit auch immer wichtig war, dass wir zivil-militärisch gehandelt haben. Wie ich vorhin schon sagte, die Strukturen waren schwach. Was mich allerdings im Nachhinein immer noch beschäftigt, ist, dass der zivil-militärische Einsatz Afghanistan mit einer Vielzahl von zivilen Akteuren, auch einer Vielzahl von zivilen Opfern im Nachgang gar



nicht mehr zivil-militärisch ist. Warum ist der Afghanistan-Einsatz im Nachgang rein militärisch geworden? Das frage ich Sie jetzt zurück. Gewürdigt wurden im Nachgang, seitdem wir seit 2021 zurück sind, nur Militärs. Vom Bundespräsidenten, von der Bundeskanzlerin, vom Bundestag gab es einen großen Appell. Es gab keinen für die Zivilen. Im Nachhinein war es ein militärischer Einsatz mit zivilem Anhängsel.

Hätte es die Abteilung S zehn Jahre früher geben sollen? Die Abteilung S ist eine Folge von Afghanistan.

Der **Vorsitzende**: Und jetzt hat die AfD-Fraktion das Wort, und zwar die Abgeordneten Nolte und Wundrak.

Abg. **Jan Ralf Nolte** (AfD): Vielen Dank für die Vorträge. Ich habe ein oder zwei Fragen an Herrn von Brandt. Wir haben in Ihren Vorträgen gehört, dass, als Sie kamen, schon klar war, dass man würde gehen müssen. Nur der Zeithorizont war eine Frage, ob es wenige Monate oder wenige Wochen sein würden. Trotzdem hat Deutschland offenbar länger gebraucht als viele andere Staaten. Sie haben dafür auch zwei verschiedene Gründe genannt. Zum einen hätte man möglicherweise auch sogar unter einem Taliban-Regime weitermachen wollen, und deswegen hat man die Vorbereitung weniger schnell getroffen als andere Länder. Würden Sie sagen, dass die Meinungsbildung in Berlin vielleicht ungewöhnlich lange gedauert hat und dies die Vorbereitung verzögert hat, weil man nicht wusste, ob wir vielleicht auch unter einem Taliban-Regime bleiben?

Und ein anderer Grund, der von Ihnen, Herr von Brandt, auch genannt wurde: Man wollte die Republik nicht im Stich lassen. Viele andere Länder bereiten ihren Abzug vor, räumen ihre Botschaften und wir haben noch ein bisschen länger gebraucht, weil man die Republik nicht im Stich lassen wollte. Da würde mich interessieren: Was meinte man denn für die Republik in dieser Lage noch tun zu können, wenn man Sie dort ein bisschen länger vor Ort lässt? Danke.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Auch von mir vielen Dank für die eindrücklichen Schilderungen und die klaren Worte. Herr von Brandt, Sie haben den Botschafter Khalilzad in einer konkreten Sache kritisiert, weil er eine Entscheidung oder eine Änderung der Sachlage aus dem Hut gezaubert hat, aber vorher haben Sie ihn des schmutzigen Spiels bezichtigt. Ist das eine persönliche Note des Botschafters Khalilzad oder ist das eine grundsätzliche Haltung des amerikanischen großen Partners gegenüber seinen Alliierten gewesen?

Meine Frage an Herrn van Thiel: Sie haben die Republik in Ihrer Zeit immer als sogenannte Republik bezeichnet und oftmals mit Anführungszeichen zitiert. Können Sie das erklären? War das Ihre Wertschätzung oder Ihre Einschätzung der – ich sage mal – demokratischen Wertigkeit dieser Republik? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herr von Brandt.

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Die Worte, die Sie zitieren, Herr Abgeordneter, kommen nicht von mir. Ich habe nicht gesagt, dass man hätte weitermachen können oder Ähnliches. Insofern kann ich dazu nichts sagen. Ich kann nur sagen, dass Deutschland aus meiner Erinnerung und Wahrnehmung nicht besonders spät war. Also ich kann mich erinnern, dass die Australier sehr schnell weg waren. Und ich kann mich erinnern, dass die Franzosen besonders früh vorbereitet waren. Ansonsten würde ich sagen, dass man bei allen anderen dort ansässigen EU-Staaten im Ergebnis höchstens in Stunden und Tagen unterscheiden kann, aber das ist nur meine Draufsicht. Ich persönlich hatte noch eine besondere Situation, weil wir keine Polizei und keine Streitkräfte zur Verfügung hatten und uns insofern als EU besonders schützen mussten.

Abschließend zur Frage bezüglich Khalilzad: Hätten Sie meine schriftliche Ausführung hier vorliegen, hätten Sie die Anführungsstriche gesehen. Ich habe zitiert, was ein gängiger Topos war. Ich habe das nicht selbst gesagt. Aber ich



würde sagen, dass das der Diskurs unter denen war, die gerne weiterkämpfen wollten oder die gesagt haben: Wir können doch jetzt nicht nach 20 Jahren abhauen. Die haben zugleich auch oft Khalilzad mit dem Duktus kritisiert: Er verkauft die Republik aus, die wir zusammen aufgebaut haben. Und wenn Sie mich nach meiner Meinung fragen: Er hat einen handwerklich perfekten Truppenabzugsdeal ausgehandelt. Kein einziger US-Soldat ist zu Schaden gekommen. Das ist auch schon, wenn man so will, eine große Leistung. Aber mit einem Comprehensive Peace Agreement hatte es nicht viel zu tun. Und es hatte aus meiner Sicht auch nicht viel damit zu tun, das freie demokratische Afghanistan auf Konzessionen vorzubereiten, was auch eine politische Aufgabe gewesen wäre. Und es hatte auch nichts damit zu tun, die ganze westliche Öffentlichkeit miteinander zu binden und mit auf diesem Weg zu begleiten. Insofern würde ich das persönlich nicht als schmutziges Spiel bezeichnen, aber als gescheiterten Ansatz in Friedensverhandlungen.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Die Frage nach den Taliban ist nicht an mich gestellt worden, also beantworte ich sie nicht, aber die Beschlusslage, dass wir zivil weiter machen, gab es. Unter welchen Bedingungen, war nicht ganz ausklamüsert, aber es gab eine Beschlusslage: Wir machen trotz des Abzugs weiter.

Zu der Frage der sogenannten Republik: Als Jurist kennen Sie das vielleicht, es gibt die Verfassung und es gibt die Verfassungswirklichkeit. Nach der Verfassung, den Wahlprozessen und allem, konnte man nicht „sogenannt“ und auch keine Führungszeichen schreiben, aber wenn man die Verfassungswirklichkeit sah, relativierte sich das ein bisschen. Es ist damit nicht das einzige Land auf der Welt und es ist auch nicht böse gemeint, sondern es ist einfach so gewesen, dass die Institutionen relativ schwach waren. Ich kenne die Super-Froschperspektive der tiefsten Provinz und dort war von Republik nicht mehr viel zu spüren. Das war die wirkliche Wirklichkeit, genauso wie das Verhältnis der zentralen Regierung, der Führungselite in Kabul zu den Warlords, mit denen wir zum Teil gar nicht reden durften, wie Dostum und solchen Leuten. Da gibt es eine

sehr große Vielschichtigkeit, über die wir stundenlang reden könnten, aber da kommen die Führungszeichen her, um auf die Verfassungswirklichkeit hinzuweisen.

An einem Punkt stimme ich nicht mit dem Kollege von Brandt überein: Vom Endpunkt her betrachtet gab es eine relativ starke Ähnlichkeit, was den Abzug angeht. Aber von den Vorbereitungen her waren wir tatsächlich anders. Wir haben keine Ortskräfte ausgeflogen, wir haben keine Afghanen ausgeflogen. Wir haben keine Charter-Flugzeuge geschickt. Wir hatten dieses sehr umständliche, lange Verfahren mit den Visa. Agree to disagree. Danke.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Ich habe eine kurze Nachfrage. Sie haben eben wahrscheinlich schon dazu ausgeführt, aber ich will es nur zusammenbringen: Sie haben die militärische Evakuierungsmission auch einmal als unglaublich bezeichnet. Ist das politisch oder technisch-operativ gemeint?

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Dann müssten Sie mir den Kontext sagen. Ich kann mich an diese Äußerung nicht erinnern. Sie bringen jetzt Sachen rein, die, glaube ich, hier in der Enquete-Kommission nicht zum Stand gehören. Ich weiß nicht, worauf Sie sich beziehen.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Ich werde es nachschauen.

Der **Vorsitzende**: Das müssen wir dann im Nachgang klären. Dann sind für die FDP-Fraktion Frau Prof. Geis und Herr Gerschau an der Reihe.

SVe **Prof. Dr. Anna Geis**: Vielen Dank an Sie beide auch von meiner Seite. Ich würde gerne noch einmal das Thema Taliban aufbringen. Wie angemessen und auch wirklichkeitsnah waren sowohl bei den USA als auch auf Seiten der entscheidenden deutschen Akteure die Einschätzungen zu den Taliban, ihrer Stärke, ihrer internen Pluralität oder nicht-Pluralität, ihrer Ver-



handlungsbereitschaft? Ich glaube, dass Sie, Herr von Brandt, auch kurz erwähnt hatten, dass die Doha-Verhandlungen der USA/Taliban innenpolitisch motiviert waren, aber nicht von der politischen Analyse her. So haben Sie das, glaube ich, ausgedrückt. Und da würde ich gern nachfragen. Wir haben viele über Lagebilder und Wissen gesprochen. Aber wie waren die Einschätzungen über die Taliban in den letzten Jahren? Waren sie im Rückblick mit dem, was wir heute vielleicht eher einschätzen können, realitätsnah, oder waren auch sie nicht tiefgehend genug? Danke schön.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Ich habe zwei Fragen an Herrn van Thiel. Medial haben Sie geteilt: Das Auswärtige Amt hat uns allein gelassen und in den Wochen vor der Evakuierung unsere Einschätzung und operativen Vorschläge weitgehend ignoriert. Wie hätte Ihrer Meinung nach eine gute Zusammenarbeit ausgesehen? Wie sollte sie in Zukunft im Krisenreaktionszentrum aussehen? Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme an, dass der Personalrat des Auswärtigen Amts seit Jahren einfordert, eine neue Fehlerkultur dort einzuführen. Wie könnte man Ihrer Meinung nach Raum für das offene Ansprechen von Fehlern und für das Reflektieren von Lehren schaffen? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Herr van Thiel, möchten Sie starten?

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Zu der Einschätzung der Taliban: Wir haben hier nicht viel Zeit. Darüber kann man sehr lange und sehr ausführlich sprechen. Fangen wir kurz mit drei Punkten an. Stärke: Die Taliban-Stärke wurde zum Teil militärisch und zum Teil politisch deutlich unterschätzt. Nach den Zahlen, die ich in Kabul von der amerikanischen und der britischen Intelligence sowie von den Afghanen selbst gehört habe, war die militärische Stärke ungefähr zahlenmäßig gleich stark wie die der Republik. Die Republik hat ihre Soldaten nie ins Feld gebracht, die Zahlen waren inflationiert. Das waren Soldaten, die auf der Payroll standen, die es aber

gar nicht gab. Zudem waren sie schlecht disloziert, nämlich in der ganzen Fläche, weil Kabul die ganze Fläche beherrschen musste. Die Taliban hingegen waren zahlenmäßig ungefähr gleich stark, 85.000, sage ich mal als grobe Messung, es können zehntausend mehr sein. Die konnten sie ins Feld stellen, aber die konnten sie auch jederzeit verlagern. Die Taliban konnten also regional starke Übergewichte bilden. Da sie Badachschan schon im Herbst 2020 gleichgeschaltet hatten, haben sie eines der wesentlichen Rekrutierungsgebiete und Rückzugsgebiete des Widerstands von Anfang an abgeschnitten. Sie sind strategisch sehr gut vorgegangen. Sie hatten damit letztlich militärisch, zumindest aus meiner Sicht als Laie, was mir die Experten erklärt haben, am Ort des Gefechts durchaus mindestens Gleichwertigkeit, wenn nicht sogar Überlegenheit.

Beim Thema Pluralität der Taliban spielen Sie mehr auf die politischen Dinge an. Ich habe mich über die Taliban genauso klug machen müssen, wie Sie das wahrscheinlich auch tun. Ich hatte aus den Fachvorträgen, die ich mir über Intelligence angehört habe, immer den Eindruck, dass es bei uns eine gewisse Tendenz gab, diese Vielschichtigkeit der Taliban etwas zu extrapolieren. Da gab es auf einmal den gemäßigten Taliban, der zukunftsfähig und sehr stark war. Mir ist er in dieser Form gar nicht begegnet und mir war das auch nicht ganz plausibel. Zu einem gab es die entgegengesetzten Analysen, die gesagt haben, wo Quetta und Kandahar und so weiter standen. Zum anderen gab es die zentralen militärischen Netzwerke in Afghanistan selbst, Haqqani, Yaqoob und diese Leute, das waren mit Sicherheit keine Liberalen.

Dass es in Doha welche gab, die anders aufgetreten sind, ist, würde ich sagen, funktional leicht zu verstehen. Es mag sie gegeben haben, aber ich habe sie in dieser Form, in dieser starken Pluralität, die thematisiert wurde, nicht gesehen. Es war nach der Intelligence vor Ort aber relativ klar, dass sie in Afghanistan nicht die beherrschenden Akteure waren. Wie gesagt, Doha mag anders gewesen sein. Und diese Geschichte, die daraus gemacht wurde, gab es: Es gibt die neuen Taliban und wir machen mit dem neuen Taliban da weiter, wo wir mit der Republik aufgehört



haben, was ein bisschen unterhalb der offiziellen Stellungnahmen mitschwang. Ich habe dazu Aussagen, aber das kann man hier nicht breiter behandeln. Wir machen weiter. Wir machen auch nach dem Abzug zivil weiter und wir machen auch mit den neuen Taliban weiter, die sich in Richtung Republik verändern. Das gab es. Mir schien es nicht ganz plausibel, weil der IS auch im Land war und die ideologische Konkurrenz nicht nur von der Republik in ihrer Vielschichtigkeit wiedergegeben wurde, sondern auch vom IS. Die müssen sich genauso gut in die Richtung abgrenzen und glaubwürdig bleiben, vielleicht sogar mehr als in die andere. Das heißt, wie liberal kann der Taliban sein, ohne dass er den IS stärkt? Das sind Fragen, die gehen weit über das hier hinaus.

Zu der Verhandlungsbereitschaft: Die Kolleg/-innen aus Doha haben immer wieder über mögliche Spielräume berichtet, aber über das Jahr, soweit ich das verfolgen konnte, ist quasi nichts passiert. Gleichzeitig ist aber der militärische Vormarsch vonstattengegangen. Und alles, von dem gesagt wurde, dass es nicht passieren würde, ist schrittweise eingetreten: Eroberung der Fläche, Eroberung des Grenzübergangs, also das Abschließen des Landes bis auf den einen Grenzübergang nach Nordosten. Danach hieß es bei den Provinzhauptstädten wieder: „Das will der Taliban nicht, der Taliban braucht uns, der Taliban muss diese Städte regieren, und da sind so viele westliche Leute, da braucht er uns.“ Die haben die Provinzstädte eine nach der anderen weggemacht. Dann hieß es vor Toresschluss auf einmal: Der Taliban will Kabul nicht. Ich habe gefragt: „Warum will der Taliban Kabul nicht? Das ist doch das Letzte. Er hat es doch gemacht, er hat die Fläche erobert, er hat die Provinzhauptstädte. Warum will er Kabul nicht?“ Das konnte mir keiner erklären. Es hieß dann, sie hätten in Doha gehört, dass die Taliban das nicht wollten. Und dann gab es diese Theorie, die Republik ist zusammengebrochen, weil Ghani geflohen ist. Das kann ich aus meiner Warte nicht bestätigen, darüber müssten wir noch einmal getrennt reden. Ghani ist geflohen, als die Taliban da waren. Und die Stadt war auch nach außen nicht zu verteidigen, weil der Taliban in der Stadt war. Auch der IS war in der Stadt. Die Raketen, die aufs Lager, also auf die grüne Zone geschickt wurden,

hat der IS aus West-Kabul geschickt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr von Brandt hat das Wort.

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Vielen Dank. Zu Doha kann ich nur sagen: Ich war nicht dabei. Allerdings zeigen die Einblicke, die ich auch heute habe, – was im Grunde nicht mehr Gegenstand dieser Enquete-Kommission ist –, dass diejenigen, die in Doha dabei waren, heute nicht mehr das Sagen haben. Das zeigt mir doch auch, dass es unterschiedliche Gruppierungen wie in jeder menschlichen Gruppe geben muss. Und ich bleibe dabei: Ich glaube, kluge Verhandlungen hätten das ganze System stärker nutzen können, hätten die Fläche nutzen sollen, was natürlich auch an seine Grenzen stößt in einem Land, wo man kaum mit dem gepanzerten Auto aus der Stadt rausfahren kann. Das ist leichter gesagt als getan. Aber man hätte die Fläche und die verschiedenen Spannungen, Unterschiede und all diese Dinge aus meiner Sicht stärker nutzen können.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank und für DIE LINKE., Herr Lüders.

**SV Dr. Michael Lüders**: Vielen Dank, Meine Herren, für die sehr ausführlichen und detaillierten Darstellungen, die sicherlich wesentliche neue Einblicke vermittelt haben. Anknüpfend an Doha würde ich Sie, Herr von Brandt, gerne etwas fragen. Es war eigentlich mit der Unterschrift, die am 29. Februar 2020 im Doha-Abkommen zwischen den USA und den Taliban geleistet wurde, klar, dass das Engagement des Westens in Afghanistan zu seinem Ende kommen würde, wenn die Führungsmacht sich zurückzieht. Und der Termin war auch schon benannt: Mitte 2021. Militärisch ging das noch viel schneller, als es ursprünglich vereinbart war. Auf jeden Fall war klar, dass die Party gelaufen ist. Was mich in diesem Zusammenhang umtreibt, ist die folgende Frage: Wie konnte man in Berlin und anderswo so konsequent die Augen vor der Realität verschließen? Noch im Februar 2021 wurde letztmalig der Bundeswehreininsatz um ein halbes Jahr



verlängert. Die Amerikaner haben wenig später – ich glaube, es waren knapp drei Wochen darauf – endgültig offiziell bekannt gegeben, dass sie vollständig abziehen. Wie erklären Sie, dass man im politischen Berlin die Zeichen an der Wand offenbar nicht erkannt hat oder erkennen wollte? Man hat offenkundig weitergemacht als gäbe es kein Morgen, obwohl klar ist, dass das Schiff sinkt. Wie ist es zu erklären, dass der politische Apparat, in Anführungsstrichen, so schwerfällig ist, um nicht zu erkennen, was angesagt ist? Ich bin auch über folgende Aussage von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, die er am 17. August 2021, also zwei Tage nach der Eroberung oder dem Einmarsch der Taliban in Kabul, zu Protokoll gegeben hat, sehr überrascht gewesen: „Was wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, war ein militärischer und politischer Zusammenbruch in einer Geschwindigkeit, die niemand erwartet hatte.“ Die NATO und führende militärische wie auch politische Vertreter erkennen offenbar nicht, was vor Ort passiert. Die Taliban haben über Wochen, über Monate hinweg eine Provinz nach der anderen erobert und vielfach kampflos, die Bevölkerung hat sich ihnen angeschlossen –, dann kann ich doch nicht einfach die Augen verschließen und sagen: „Ich mache weiter.“ Wir schicken die Bundeswehr hin, machen dies und jenes. Aber für die Evakuierung der Ortskräfte wird letzten Endes dann jenseits aller Absichtserklärungen nicht viel getan. Kurzum: Wie erklären Sie diese kognitive Dissonanz zwischen Realität und Wahrnehmung von Realität?

Der **Vorsitzende**: Herr von Brandt, Ihr Schlussstatement und danach Herr van Thiel.

**Andreas von Brandt** (Leiter der EU-Delegation in Afghanistan 2020-2021): Wenn Sie nach Berlin fragen, müssen Sie gerne Berlin fragen. Ich bin hier in der Brüsseler Position. Ich kann mir die Sache allerdings so erklären: Botschafter Khalilzad ist ein Köhner seines Fachs und hat diese strategische Ambiguität auch in die Verhandlungen eingebracht. Und auch die Taliban hatten Bedingungen zu erfüllen. Und die wohlmeinende Analyse ist, dass man die Taliban auch immer bis zuletzt an den Bedingungen, die noch nicht erfüllt waren, festhalten wollte. Das war

nicht so schwarz-weiß.

Zugleich kann ich sagen, dass in der NATO die Erkenntnis oder die Wahrnehmung, dass der Kampf zu Ende geht, dass der Einsatz zu Ende geht, schon klarer als bei denen vor Ort oder im Afghanistan-Kontext war. Dann komme ich wieder auf das zurück, was man Wunschenken nennen kann, was man aber auch Politik nennen kann. Es war der Versuch, noch zu retten, was zu retten ist. Und daher kann man sich über die Nuancen und über das, was vielleicht rettenswert und was möglich gewesen wäre zu retten, durchaus streiten. Aber es war schon so, dass zum einen Doha nicht komplett schwarz-weiß erfüllt war, und zum anderen wie oft in der Politik natürlich bei manchen auch die Hoffnung bestand, dass man von einem Abzug – es wurde eben erwähnt – auch wieder zurücktreten könnte, wenn sich die Lage komplett ändert. Aber diese Wahrscheinlichkeit und die Camps, aus denen das kam, würde ich als nicht so dominant bezeichnen. Aber es waberte doch immer wieder die Hoffnung. Wir hatten hauptsächlich mit der afghanischen Elite zu tun, mit der sogenannten afghanischen Führungsschicht. Und die hat das natürlich ständig kolportiert. Sie hatte die Hoffnung, dass alles ganz anders kommt als beschlossen. Das mag uns alle sicher auch manchmal zum Nachdenken gebracht haben, weil wir dort Beamte sind. Und wenn der Präsident Ihnen sagt, dass er gerade auf der Washington-Reise wunderbare Erfahrungen gemacht hat und sagt: „alles wird gut“, dann kommen Sie auch ins Grübeln. Wobei ich uns, Herrn van Thiel und mich, da im Grunde nicht mit einschließe, weil wir ziemlich realistisch auf die Situation geblickt haben. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr van Thiel.

**Jan Hendrik van Thiel** (Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Afghanistan 2021): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Erstmal zur politischen Lösung, vielleicht noch einmal zur Klarheit: Es gab unterschiedliche politische Lösungen, die ich zumindest aus der Sicht von Kabul kenne. Die Doha-Sicht kenne ich nur vermittelt über das, was von dort geschrieben wurde und was wir jetzt gesehen haben. Es gab in Kabul durchaus zwei



politische Lösungen, die alternativ und sogar konfliktiv vertreten wurden. Die eine war die Vorstellung, die wir – sagen wir mal – offiziell vertreten haben, die auch bei Andreas von Brandt durchklingt: Ghani und die Taliban finden einen Kompromiss und deswegen überlebt etwas von der Republik. Aber es gab das Konkurrenzvorhaben, dass Karzai mit den Taliban und Resten der Republik übernimmt. Diese beiden Modelle waren letztlich in Konkurrenz und haben sich auch befehdet. Ich habe deswegen allein schon aus dieser Perzeption heraus gesagt: Diese strategische Vieldeutigkeit – darüber müsste man noch einmal getrennt reden.

Zum NATO-Generalsekretär Stoltenberg und dass es nicht zu erkennen war: Sie müssen ihn selbst fragen, warum das so ist. Die NATO-Vertretung vor Ort in Kabul hat sich zu diesem Thema anders eingelassen. Wie es dann kommunikativ zwischen denen und zwischen ihm und der Öffentlichkeit war und warum und wieso, müssen Sie ihn fragen. Aber es ist sicherlich – in Deutschland gab es das auch – angesichts der dramatischen Ereignisse auch nicht ganz schlecht, wenn man davon überrascht wurde.

War es kognitive Dissonanz oder Politik, wie Andreas von Brandt meint? Es gab etwas, was ich persönlich nicht miterlebt habe, was bei manchen aber eine Rolle gespielt hat. Es gab schon einmal einen Rücktritt vom Rückzug, 2014 oder 2015. Das spielte bei einigen eine Rolle. Wir waren schon einmal an diesem Punkt. An diese Hoffnung, an diesen Strohalm, haben sich einige geklammert. Das habe ich nicht verstanden, weil ich diesen Rücktritt vom Abzug selbst nicht miterlebt habe. Für mich war das vor Ort nicht mehr relevant, weil wir aus meiner Sicht längst die Schwelle der Unumkehrbarkeit überschritten hatten. Und zudem gab es das Fallbeil 31.08. Man muss sich klar machen, was Rückzug vom Rückzug oder vom Abzug bedeutet hätte. Wir, die NATO, hatten keine Air Fields mehr. Die Amerikaner haben Kandahar aufgegeben, sie hatten noch etwas bei Herat irgendwo, und sie haben vor allen Dingen Bagram aufgegeben. Der HKIA war ziviler und militärischer Flughafen – der einzige – und der ist nicht zu verteidigen, wenn Sie sich die Topographie da ein bisschen näher ansehen. Und aus

dieser Ambivalenz heraus ist auch uns ein Riesenproblem entstanden. Er ist natürlich ein legitimes Ziel, wenn er der einzige Militärflughafen ist, von dem aus die Afghanen zu Militäreinsätzen starten. Gleichzeitig sollten wir zivile Evakuierungen vorbereiten. Das war eine sehr schwierige Sache.

Was die Truppenstärke angeht, hatten wir meiner Ansicht nach keine mehr, da schaue ich in Richtung General Vollmer, weil aus dieser Ecke solche Analysen gekommen sind. Wir haben schon unter Trump die 4.500 Soldaten, die von amerikanischen Militärs als Mindeststärke genannt waren, unterschritten. Wir haben die Flughäfen aufgegeben. Wie sollte denn diesmal der Rücktritt vom Abzug militärisch laufen? Das ging gar nicht mehr. Die deutschen Soldaten waren komplett weg. Es hat Monate gedauert, da herauszugehen. Sie hätten komplett wieder neu aufbauen müssen, sie hätten komplett zurückkommen müssen. War das ein wahrscheinliches Szenario, war das ein Szenario, was Sie politisch in Deutschland oder Amerika ausgehalten hätten? Das können Sie mir besser beantworten. Ich hielt es für relativ unwahrscheinlich. Das Einzige, was ich persönlich in der Analyse nicht untergekiegelt habe, wäre wenn überhaupt eine politische Lösung mit den Taliban gewesen. Dann sind wir bei der vorherigen Runde und da habe ich die Chancen nicht gesehen. In Doha hat sie mancher gesehen, aber ich habe sie aus Kabuler Sicht nicht gesehen. Ich muss auch wie Andreas von Brandt sagen: Letztlich haben sich die afghanischen Taliban, die wir im Blick hatten, durchgesetzt.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank Ihnen beiden für diese sehr klare und auch anschauliche Stellungnahme. Das ist bestimmt eine Bereicherung für diese Phase, die wir untersucht haben. Wir beenden jetzt diesen Teil der Anhörung. Es wird gleich die Videoschalt nach San Francisco organisiert. Und dann wird von Frau Güler die Sitzung wiedereröffnet, um dann mit Frau Lyons den zweiten Teil zu bestreiten. Vielen Dank. Und Ihnen, Herr van Thiel und Herr von Brandt, noch einmal vielen Dank und viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit.

*[Sitzungsunterbrechung von 15.14 bis 15.31 Uhr]*



## Teil 2

Die **stellvertretende Vorsitzende**, Abg. **Serap Güler** (CDU/CSU): Zum zweiten Teil begrüße ich ganz herzlich Frau Deborah Lyons, die uns heute für 45 Minuten zur Verfügung steht und aus San Francisco zugeschaltet ist. Guten Morgen nach San Francisco. Wir haben neun Stunden Zeitunterschied. Frau Lyons, Sie waren von 2020 bis Juni 2022 Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Afghanistan und Leiterin der UNAMA-Mission. Und von 2013 bis 2016 waren Sie Botschafterin Kanadas in Kabul.

In einer Rede, die Sie dem afghanischen Volk zum Ende ihrer Tätigkeit in Kabul im Juni 2022 gewidmet haben, haben Sie betont, dass die Rückkehr der Taliban enorme Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Menschen hatte und große humanitäre Anstrengungen erforderte. Um den Menschen zu helfen, haben Sie eine Strategie des politischen Dialogs empfohlen. Neben Ihrer Analyse des Endes des Einsatzes würde uns interessieren, wie Sie die Aussichten für einen solchen Dialog einschätzen. Wir freuen uns nun auf Ihr einführendes Statement, für das Ihnen zehn Minuten zur Verfügung stehen. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, anschließend die Fragen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen zu beantworten.

**Deborah Lyons**<sup>2</sup> (VN-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiterin von UNAMA von 2020 bis 2022): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich danke den Mitgliedern dieser bedeutenden Enquete-Kommission für die Gelegenheit, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich möchte Ihnen aufrichtig zu dem Ansatz gratulieren, den Sie mit dieser Untersuchung verfolgen. Aus unserer gemeinsamen Zeit in Afghanistan können wir viel lernen, und es wird nicht genug getan, um unsere Lessons Learned, sowohl als einzelne Länder als auch als Teil der internationalen Gemeinschaft, vollständig zu verstehen und realistisch umzusetzen. Unvermeidliche künftige Engagements

verlangen, dass wir diese Reflexion jetzt vornehmen. Und vielleicht lassen sich aus den traurigerweise vielen Fehlschlägen in Afghanistan sogar noch mehr Lehren ziehen. Lassen Sie uns das aus diesem Schmerz entstandene Wissen nicht verlieren. Sie haben mir vier Fragen zur Beantwortung in diesen kurzen zehn Minuten gestellt. Wenn Sie gestatten, möchte ich zum Schluss noch ein paar eigene Überlegungen anfügen.

Die erste Frage lautet: Wie hat die UNAMA ihr Mandat zur internationalen Koordination umgesetzt? Während meiner Zeit als kanadische Botschafterin war ich von den UNAMA-Koordinierungsbemühungen und wie ihre Vermittlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft geholfen hat, indem sie uns alle sachkundiger, stärker und unser Handeln geschlossener werden ließ, beeindruckt. Aber wie Sie wissen, ist es nicht einfach, andere zu koordinieren. Ich erinnere mich an den Spruch, nach dem alle Koordination wollen, aber niemand koordiniert werden will. Das gilt insbesondere, wenn die vielen Akteure eine große Bandbreite an Interessen, Engagement und Ressourcen haben. Die Rolle der UNAMA bei der Koordinierung war vielseitig. Die UNAMA nutzte ihre Vermittlungsfähigkeit, um in wöchentlichen Sitzungen und Unterrichtungen mit den Botschaftern der NATO-Länder und vierzehntägig mit allen Botschaftern in Kabul die Ereignisse und die wichtigsten aktuellen Probleme zu besprechen. Auf Leitungsebene gab es ähnliche Treffen mit allen Botschaften, durch die ein tieferes Verständnis erreicht werden sollte. Bei diesen Treffen und Unterrichtungen ging es um viele Politik-, Sicherheits- und natürlich auch Menschenrechtsfragen. So wurde sichergestellt, dass die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft über eine gemeinsame Wissensbasis verfügten und nach Möglichkeit an einem Strang zogen. Es wurden wichtige Berichte herausgebracht, um die Analyse zu verbessern und ein tieferes Verständnis von den wichtigsten Herausforderungen zu erlangen. Beispiele hierfür sind der viertel-

<sup>2</sup> Grundlage für das Protokoll sind die vom Sprachendienst des Deutschen Bundestages übersetzten englischsprachigen Redebeiträge.



jährliche Bericht des VN-Generalsekretärs über Afghanistan sowie die äußerst ernstzunehmenden Menschenrechtsberichte, die vierteljährlich über den Schutz der Zivilbevölkerung herausgegeben werden, sowie die Jahresberichte zu aktuellen Themen wie Gewalt gegen Frauen, Folter etc. Auf diese Berichte folgten natürlich immer spezielle Unterrichtungen für den VN-Sicherheitsrat und die breitere internationale Gemeinschaft in Kabul. Ich möchte betonen, dass sie entscheidend zu den Bemühungen um eine kohärentere Reaktion der internationalen Gemeinschaft beigetragen haben.

Im Jahr 2015 spielte die UNAMA eine wichtige Rolle bei der Koordinierung mit der Gebergemeinschaft, mit dem Ziel, einen kooperativen und rechenschaftspflichtigen Ansatz für die Entwicklungshilfe zu entwickeln. Das war entscheidend und alle waren beteiligt. Die UNAMA leitete diese Bemühungen und hat gemeinsam mit Finanzinstitutionen wie der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, dem IWF und natürlich in enger Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung Mechanismen für die Koordinierung der Geber geschaffen.

Hervorzuheben ist auch die Unterstützung der Wahlen durch die UNAMA im Namen der internationalen Gemeinschaft. Die UNAMA hatte die Führungsrolle bei der Koordinierung der Wahlen, leitete die Gremien der unterstützenden Länder an, arbeitete bei Sicherheitsfragen mit der NATO zusammen, arbeitete mit den afghanischen Wahlkommissionen zusammen und leitete die Folgemaßnahmen zu den vielen nach der Wahl angefochtenen Ergebnissen.

Ich halte es für erwähnenswert und bedauerlich, dass die UNAMA bei den Friedensgesprächen keine starke koordinierende Rolle gespielt hat. Die UNAMA war nicht am USA/Taliban-Verhandlungsprozess beteiligt, und der damit verbundene Folgeprozess in Doha wurde ausschließlich von Katar und den USA geleitet. Die UNAMA oder unterstützende Länder wie Deutschland hatten nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Mitwirkung.

Und damit zu Ihrer Frage nach meiner Ein-

schätzung der führenden Rolle der UNAMA während des Afghanistan-Einsatzes: Die UNAMA hatte eindeutig nie das Mandat für eine Führungsrolle im Afghanistan-Einsatz. Die Mitglieder des Sicherheitsrats konnten sich nie darauf einigen, dass die UNAMA die Führung übernehmen sollte. Das Mandat sollte sich stattdessen auf die Koordination konzentrieren. Dies spiegelt zweifellos auch die Asymmetrie vor Ort in Afghanistan mit den verschiedenen Eigeninteressen, Ängsten und unterschiedlichem Ressourceneinsatz vieler der in Afghanistan engagierten Länder wider. Die Großmächte hatten spezifische Interessen. Die Länder in der Region hatten ihre eigenen Bedenken. Die Geber hatten Erwartungen, während einige andere einfach nur da waren, um an der größten internationalen Anstrengung zur Terrorismusbekämpfung am Anfang des 21. Jahrhunderts dabei zu sein. Die Bemühungen der UNAMA, in zentralen Bereichen die Führung zu übernehmen, selbst nur informell, wurden häufig durch die Dynamik der Mitgliedstaaten, insbesondere der Großmächte und der Länder in der Region, behindert. Diese Dynamik, gepaart mit dem Fehlen einer echten, nachhaltigen Strategie der dominierenden Akteure für das weitere Vorgehen, untergrub jegliche Führungsbemühungen enorm und führte, was nicht überrascht, zu vielen verpassten Gelegenheiten, eine echte, greifbare Wirkung zu erzielen.

Eine Mitgliedschaft der UNAMA in der etablierten regionalen Troika bestehend aus Russland, China und Pakistan sowie den USA wurde nie akzeptiert, und die von den USA und Katar dominierten Friedensgespräche in Doha bedeuteten, dass die UNAMA, wie auch Deutschland, kaum mehr als eine sehr begrenzte unterstützende Rolle spielte. Die Bemühungen der Regierung Biden um eine Wiederbelebung der Doha-Friedensgespräche im März 2021 verschafften der UNAMA eine Führungsrolle auf dem Istanbul Gipfel und sorgten für einen engeren Dialog mit den Ländern in der Region. Aber das war alles zu wenig, kam zu spät, und die Taliban sahen bereits ihren Sieg am Horizont.

Ihre dritte Frage bezieht sich auf die Zusammenarbeit der UNAMA mit der NATO. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt Ihrer Untersuchung, denn diese



Art von NATO-Bündnis neben einer politischen Mission der Vereinten Nationen war sehr ungewöhnlich. In den ersten Tagen, als die militärische Mission im Vordergrund stand, war es für die NATO möglicherweise schwierig, die UNAMA so ernst zu nehmen, wie sie es verdient hätte. Im Jahr 2015 war die Beziehung jedoch kooperativ, trotz unterschiedlicher Einschätzungen der Sicherheitslage – die NATO schätzte die Lage immer positiver ein als die UNAMA –, und trotz anhaltender Debatten über die vierteljährlichen Menschenrechtsberichte der UNAMA über den Schutz der Zivilbevölkerung. Die UNAMA bot der NATO eine ständige Plattform für Kontakte mit den ansässigen Botschaftern. Der stellvertretende NATO-Befehlshaber war bei den wöchentlichen UNAMA-Sitzungen mit den Botschaftern der NATO-Staaten ein wichtiger Gesprächspartner. Wie ich bereits erwähnte, kam es jedoch manchmal zu Spannungen wegen der Ergebnisse der hoch angesehenen Quartalsberichte unseres Menschenrechtsteams über den Schutz der Zivilbevölkerung. Wie bei allen in unseren Berichten genannten Akteuren fanden auch hier Treffen zur Bewertung unserer Erkenntnisse mit der NATO statt.

Wie Sie wissen, war die Korruption eine tägliche und allgegenwärtige Herausforderung. Insbesondere die Ministerien für Verteidigung und Inneres waren für ihren zügellosen Missbrauch von Finanzmitteln bekannt. Die NATO hätte mit Unterstützung der UNAMA die Führung bei intensiven Bemühungen zur Schaffung seriöserer Institutionen in diesen beiden wichtigen Ministerien übernehmen können. Ich möchte Sie auffordern, diesen Bereich im Rahmen Ihrer laufenden Untersuchung eingehend zu prüfen, um bessere Leitlinien für künftige gemeinsame politische Missionen der NATO und der Vereinten Nationen zu erreichen.

Und schließlich zu Ihrer Frage, wie ich die Zusammenarbeit der UNAMA mit Deutschland bewerten würde. Ich kann offen sagen, dass Deutschland ein starker, kooperativer und hoch angesehener Partner für die UNAMA, die NATO und die Afghanen selbst war. Deutschland hat aufgrund der Geschichte und seiner historischen diplomatischen Beziehungen, die viele Jahrzehnte

zurückreichen, ein tieferes Verständnis für Afghanistan als viele andere Länder der Koalition. So ist es nicht verwunderlich, dass die beiden herausragenden Afghanistan-Konferenzen in der Anfangszeit von Ihrem Land in Bonn ausgerichtet wurden. Deutschland hat bei den ersten Gesprächen mit den Taliban und der Einrichtung der Büros in Doha eng mit der UNAMA und anderen wichtigen Akteuren zusammengearbeitet. Auch die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu den Nachbarländern Afghanistans waren bei der Unterstützung der Bemühungen der UNAMA um ein regionales Engagement besonders hilfreich. Es muss auch erwähnt werden, dass Deutschland während seiner Zeit im Sicherheitsrat seine Rolle im Vorsitz genutzt hat, um das Mandat der UNAMA zu stärken.

Wie ich bereits erwähnte, ist es bedauerlich, dass Deutschland bei den politischen Verhandlungen in Doha keine größere Rolle eingeräumt wurde, obwohl die UNAMA während der gesamten Verhandlungen von einer sehr engen Beziehung zu Deutschland als aktivem Mitglied der vier Unterstützungsländer profitierte. Deutschland hat sich ebenfalls als wichtiger Teamplayer und starker Unterstützer der Rolle der UNAMA bei der Geberkoordinierung erwiesen. Deutschland hat stark auf eine größere Verantwortlichkeit und Kohärenz bei der Entwicklungsfinanzierung gedrängt. Die UNAMA ist weiterhin auf die Unterstützung Deutschlands angewiesen und wir sind dankbar, dass einer Ihrer Diplomaten als UNAMA-Vertreter für politische Angelegenheiten tätig ist.

Und nun möchte ich kurz einige Erkenntnisse aus Afghanistan hervorheben: Erstens müssen wir uns in Zukunft stärker um die Bekämpfung der Korruption bemühen. Es ist der stille Terrorist, der unsere Bemühungen untergräbt und unsere Glaubwürdigkeit in den Augen der Menschen vor Ort zerstört. Zweitens müssen wir mehr Anstrengungen unternehmen, um die Nachbarländer in diese Konflikte einzubeziehen. Sie sind diejenigen, die die Ergebnisse miterben werden, und sie haben oft einen Teil des Einflusses auf die Erfolge und Misserfolge. Drittens müssen die Partner, unabhängig von der jeweiligen Koalition, an einer nachhaltigen Strategie arbeiten. Das ist harte Arbeit, aber sie muss getan werden, und sie



muss von konstant überwachten Indikatoren begleitet werden. Und schließlich ist damit die Notwendigkeit verbunden, härter zu sein. Dies wird sich in jedem Szenario anders darstellen, aber wir müssen disziplinierter werden, wenn es darum geht, unsere Erwartungen zu formulieren und sicherzustellen, dass sie von der anderen Seite erfüllt werden.

Frau Vorsitzende und sehr geehrte Mitglieder, ich schätze die Arbeit Ihrer Kommission sehr und wünsche Ihnen Weisheit und Energie, um uns alle aufzuklären. Da sind Lehren, die wir ziehen und anwenden müssen. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank für diesen Überblick. Wir gehen zu den Fragen über. Für die SPD-Fraktion beginnen Herr Professor Gießmann und anschließend Frau Professorin Schröder.

**SV Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann**: Deborah, guten Morgen. Schön, Sie wiederzusehen. Ich glaube, das letzte Mal trafen wir uns im Mai 2021, als wir uns die Karten der täglichen Übernahmen der Provinzen durch die Taliban ansahen. Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage bezieht sich darauf, dass Sie sagten, die UNAMA habe eine begrenzte Rolle gehabt, aber sie habe eine Rolle eingenommen. Könnten Sie kurz erläutern, welche Rolle die UNAMA gespielt hat und wo sie Ihrer Meinung nach Einfluss nehmen konnte?

Meine zweite Frage ist: Wenn die internationale Gemeinschaft eine Rolle bei der Unterstützung des Verhandlungsprozesses gespielt hat, gab es aus Ihrer Sicht jemals einen Wendepunkt, an dem Sie das Vertrauen oder den Optimismus verloren haben, dass eine politische Lösung machbar und erreichbar ist?

**Sve Prof. Dr. Ursula Schröder**: Frau Botschafterin, ich habe eine Frage zur Rolle der UNAMA. Sie haben erwähnt, dass die UNAMA im Jahr 2015 eine starke Koordinierungsfunktion hatte. Könnten Sie näher erläutern, wie diese aussah? Ging das über einen einfachen Informationsaustausch hinaus, den ich als

negative Koordination bezeichnen würde? Und hat das auch Diskussionen über gemeinsame Bemühungen eingeschlossen? Wie haben Sie es geschafft, dies zu erreichen? Gibt es etwas, das wir daraus lernen können?

Und zweitens: Ist Ihnen die Rolle der UNAMA bei der Polizeiausbildung bekannt? Denn sie hatte eine Rolle in der Polizeiausbildung, die sie mit dem deutschen Team koordinierte. Ich bin mir nicht ganz im Klaren darüber, wie sie sich koordiniert haben und was danach geschah.

**Deborah Lyons** (VN-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiterin von UNAMA von 2020 bis 2022): Ich habe erwähnt, dass die Rolle der UNAMA in Afghanistan begrenzt war. Was ich meinte, ist, dass es die Annahme gab, dass die UNAMA irgendwie eine Führungsrolle hatte. Wir hatten keine Führungsrolle in dem Sinne, dass wir nicht die führende Partei waren. Ich glaube, das wurde tatsächlich von einer Reihe von Großmächten übernommen. Und natürlich spielte die NATO bei all dem eine entscheidende Rolle. Aber die UNAMA hat eine sehr dynamische und sehr wichtige Rolle gespielt. Natürlich haben wir mit allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft zusammengearbeitet und waren ein zentraler Gesprächspartner, was ich in meiner Erklärung aufgrund Ihrer Fragen nicht so sehr hervorgehoben habe. Aber wir waren natürlich ein zentraler Gesprächspartner der afghanischen Regierung – bei den Wahlen, aber auch beim Aufbau von Institutionen, bei der Sicherstellung des ordnungsgemäßen Funktionierens des Parlaments, bei der Arbeit an den strategischen Plänen für die Zukunft Afghanistans zusammen mit der Regierung, bei der Zusammenführung der internationalen Gemeinschaft in diesen Fragen, und ganz sicher bei der Koordinierung der Geber, bei der Ermittlung der unterschiedlichen Entwicklungsbereiche und der Sicherstellung des sinnvollen Einsatzes der Mittel. Wir haben sichergestellt, dass unsere zahlreichen geförderten Organisationen mit unseren Partnern und der afghanischen Regierung zusammenarbeiten, um die festgelegten Ziele zu erreichen. Ich meine, dass unsere Rolle sehr dynamisch war, und ich denke, dass die UNAMA sie unglaublich wirkungsvoll erfüllt hat. Ich glaube, dass eine



Reihe von Dynamiken und Problemen, die ich in meiner Erklärung erwähnte, uns einschränkten. Und ich denke, dass die internationale Gemeinschaft auf uns geschaut hat, daran besteht kein Zweifel. Das war einer der Gründe, warum ich nach drei Jahren Tätigkeit als kanadische Botschafterin wieder zur UNAMA zurückkehrte.

Zu dem zweiten Teil der ersten Frage, der Unterstützung des Verhandlungsprozesses: Ich denke, dass das Problem wirklich aus der Tatsache resultierte, dass die Verhandlungen selbst sehr unausgewogen geführt wurden, in dem Sinne, dass die afghanische Regierung kein Teil der ursprünglichen Vereinbarung zwischen den Taliban und den USA war, weshalb es dann zu den Verhandlungen in Doha kam. In gewisser Weise waren beiden Verhandlungsseiten bereits geschwächt. Zweitens spielte der Zeitplan für den Abzug der Truppen eine große Rolle bei den Verhandlungen und beeinflusste das Engagement der Taliban bei den Verhandlungen sehr stark. Die USA haben vier unterstützende Länder benannt, darunter Deutschland, um bei den Verhandlungen zu helfen, und auch die UNAMA nahm in einer unterstützenden Rolle teil. Ich denke, es wäre viel effektiver gewesen, wenn die UNAMA und die Vereinten Nationen eine größere Rolle dabei gespielt hätten, die beiden Seiten in eine echte politische Diskussion einzubinden.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Umsetzung unserer Koordinierungsfunktion: Einige dieser Punkte habe ich bereits erwähnt, aber ich möchte insbesondere die Rolle hervorheben, die wir bei der Feststellung von Menschenrechtsproblemen im Land gespielt haben. Wir hatten ein sehr starkes Menschenrechtsteam im ganzen Land, das die Qualität der Menschenrechte und die Probleme, mit denen die Afghanen konfrontiert waren, bewertete. Wir hatten elf Mitarbeiter vor Ort, die auf Provinz- und Regionalebene mit der dortigen Regierung zusammenarbeiteten. Wir haben auch mit Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft und insbesondere mit Deutschland zusammengearbeitet und eine Reihe von Gremien darüber informiert, wie die internationale Gemeinschaft reagieren würde, vor allem in Bezug auf die Rechte der Frauen, aber auch auf die Freiheit der Medien, den Schutz der Zivilbe-

völkerung und sogar bei Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben Mitglieder der internationalen Gemeinschaft zusammengebracht, die sich in diesen Bereichen besonders engagieren, um sicherzustellen, dass wir eine stärkere Strategie, einen stärkeren Arbeitsplan für die Zukunft haben.

In den Bereich der Polizeiausbildung war ich damals nicht bei der UNAMA eingebunden, sondern habe für die kanadische Regierung gearbeitet und unterstützte die Polizeiausbildung an der Seite von Deutschland. Ich denke, dass einige europäische Länder und die UNAMA sehr große Anstrengungen unternommen haben, um sicherzustellen, dass wir über eine Polizei verfügen, die professionell und der Aufgabe gewachsen ist. Meiner Ansicht nach wurde sie durch die Korruption im Innenministerium stark untergraben, und wir haben uns nie in dem Maße darum gekümmert, wie wir es hätten tun sollen. Als Kanada den Vorsitz des Aufsichts- und Koordinierungsgremiums innehatte, haben wir sehr eng mit Deutschland zusammengearbeitet, und sowohl Deutschland als auch Kanada haben mit allen Mitteln versucht, die internationale Gemeinschaft und insbesondere die afghanische Regierung und die NATO dazu zu bewegen, das Korruptionsproblem im Innen- und Verteidigungsministerium stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Ich denke, dass wir während der Zeit, in der beide Länder den Vorsitz in diesem Gremium innehatten, einige Fortschritte erzielen konnten, aber danach ließ es sehr schnell nach.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank. Es tut mir leid, ich habe versäumt, Sie und meine Kollegen über die Festlegungen zu informieren. Wir haben fünf Minuten für jede Fraktion, und wir fahren mit der CDU/CSU fort. Herr Professor Masala wird beginnen, dann Herr General Vollmer und Frau Dr. Zeino.

**SV Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala:** Frau Botschafterin, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Ich habe nur zwei Fragen. Eine ist vielleicht ein bisschen kontrafaktisch. Was hätte sich Ihrer Meinung nach geändert, wenn der UNAMA von Anfang an oder irgendwann im



Prozess eine führende Rolle zugewiesen worden wäre? Wo sehen Sie Veränderungen, die das vor Ort in Afghanistan hätte bewirken können? Und der zweite Punkt bezieht sich auf Ihre Empfehlungen. Sie haben fünf Themen genannt, über die wir nachdenken sollten, aber ehrlich gesagt sind das die Dinge, über die wir in Afghanistan seit mindestens, ich würde sagen, 2005 gesprochen haben. Die Korruption, die Nachbarländer, eine Strategie haben, härter und disziplinierter sein – Das ist meiner Ansicht nach nichts Neues. Wo sehen Sie die Hauptprobleme? Die Probleme wurden schon vor langer Zeit erkannt, aber nie ernsthaft in Angriff genommen.

**SV Jörg Vollmer:** Frau Botschafterin, ich danke Ihnen vielmals. Ich habe zwei Fragen. Erstens muss der Kontakt zur Bevölkerung hergestellt und aufrechterhalten werden. Als die NATO ihr PRT-Konzept einführte, stand sie in Kontakt mit der Bevölkerung. 2012 wurde beschlossen, es zu beenden. So kam es zum Hub-and-Spoke-Modell, das Sie sehr gut kennen. Und dann wurden wir zu einem gewissen Grad überrumpelt, weil wir keinen Überblick mehr darüber hatten, was in den Provinzen und in den Distrikten geschah. Wie hat die UNAMA dieses Problem gelöst? Ich war Zeuge bei der Eröffnung des Büros in Jawzjan und in anderen Provinzen. Aber soweit ich weiß, wurden sie im Laufe der Zeit geschlossen, oder war das anders? Es geht also darum, wie die UNAMA den Kontakt zu den Gouverneuren bis zum Ende aufrechterhalten hat, als wir uns zurückziehen mussten.

Die zweite Frage bezieht sich auf Ihre Beziehung zu dem führenden NATO-Vertreter in den letzten Tagen: Wie haben Sie sich miteinander abgestimmt? Ich danke Ihnen.

**Sve Dr. Ellinor Zeino:** Frau Botschafterin, meine Frage ist: Wie haben die UNAMA oder Sie die Taliban vor dem Fall der Republik in Bezug auf ihre Ehrlichkeit bei den Verhandlungen eingeschätzt? Glauben Sie, dass sie für eine umfassende Einigung offen waren? Und nachdem heute die UNAMA eine der letzten internationalen Kontrollinstanzen in Kabul ist. Wie sehen Sie die Taliban-Regierung heute? Hat sich Ihr Bild

von den Taliban verändert? Wie sieht die Zusammenarbeit heute aus und sehen Sie Spielraum für eine integrativere Regierung?

**Deborah Lyons** (VN-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiterin von UNAMA von 2020 bis 2022): Ich versuche, diese fünf Fragen in den nächsten Minuten zu beantworten. Ich muss zugeben, dass es schwierig ist, den Überblick über alle Fragen zu behalten. Lassen Sie mich also versuchen, mich sehr kurz zu fassen und hoffentlich allen eine Antwort zu geben.

Was wäre meiner Meinung nach anders, wenn die UNAMA eine führende Rolle gehabt hätte? Es ist schwer, darüber zu spekulieren, aber ich habe wirklich das Gefühl, dass wir in der Lage gewesen wären, eine Reihe unserer Themen – ob Korruption, Menschenrechte oder Regierungsführung – weiter voranzutreiben, wenn die UNAMA eine stärkere Führungsrolle im Namen der internationalen Gemeinschaft gehabt hätte. Ich glaube, wir waren als internationale Gemeinschaft einfach zu unterschiedlich. Und wie ich bereits sagte, hatten die Länder unterschiedliche Interessen und Ziele für ihr Engagement in Afghanistan. Ich denke, dass es im Moment interessant zu sehen ist, dass die UNAMA eine viel wichtigere Rolle spielt, weil es weniger Botschaften vor Ort gibt und die UNAMA unbedingt mit den Ländern zusammenarbeiten muss, die ihren Sitz in Doha haben, aber auch mit den wenigen, die vor Ort sind. Aber die UNAMA ist dazu in der Lage, und ich denke, dass sie dabei eine viel größere Führungsrolle einnimmt und effektiver sein kann. Ich bin davon überzeugt, dass die VN eine enorme koordinierende Rolle hatte, die aber – würde ich sagen – von der dominierenden Rolle einiger Großmächte überschattet wurde.

Sie haben Recht, wir sprechen seit 2005 über einige dieser Themen. Warum ist es uns nicht gelungen, größere Fortschritte zu erzielen? Ich denke, dass wir uns diese Frage immer wieder stellen müssen. Sicherlich ist die Korruption etwas, das wir besser angehen müssen. Sie untergrub eindeutig viele unserer Bemühungen und hatte eine völlig lähmende und destabilisierende Wirkung auf die Militär- und



Polizeikräfte. Ich denke, dass sich unsere Arbeit mit den regionalen Regierungen und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in den vergangenen zwei oder drei Jahren verbessert haben, weil es so offensichtlich war, dass dies von entscheidender Bedeutung ist. Aber in Zukunft muss das natürlich eine Priorität sein, und wir können nicht nur als der vermeintliche Westen unter uns reden. Wir müssen sicherstellen, dass wir die Nachbarländer und die Länder der Region einbeziehen. Das wird für den Erfolg entscheidend sein.

Sie haben gefragt, wie wir den Kontakt zur Bevölkerung aufrechterhalten. Nun, wie ich bereits erwähnte, hatten wir elf Außenstellen. Wir hatten eine weitere Vertretung vor Ort durch einige der von uns finanzierten Organisationen. Insgesamt hatte die UNAMA also Zugang und direkten Kontakt zu 16 verschiedenen Lebensbereichen im ganzen Land. Das half uns dabei, ein sehr starkes Lagebild zu haben. Deshalb waren unsere Berichte über die tatsächlichen Geschehnisse vor Ort in vielen Fällen so relevant und wir befanden uns zuweilen sogar in Diskussionen mit der NATO über Fragen wie den Schutz der Zivilbevölkerung. Wir haben uns regelmäßig mit den Gouverneuren getroffen. Ich habe mich mit den Gouverneuren, unseren hochrangigen Beamten und natürlich mit dem UNAMA-Vertreter für politische Angelegenheiten, einem deutschen Diplomaten, der jetzt dort die gesamte Zeit im Einsatz ist, getroffen. Und unsere Mitarbeiter waren ständig mit Kontakten beschäftigt. Wir haben mit unseren Außenstellen wöchentlich und monatlich auf verschiedenen Ebenen Gespräche über verschiedene Themen geführt. Ich denke, die UNAMA hat diese Rolle der Präsenz vor Ort erfolgreich wahrgenommen, und das wurde im August 2021 sehr wichtig.

Dann zu der Frage zu den letzten Tagen: Unsere Beziehungen zur NATO waren natürlich sehr eng. Aber natürlich sind wir nach wie vor überrascht, dass die NATO bis zum Schluss das Gefühl hatte, dass wir einen schwierigen Herbst und Winter 2021/2022 haben würden. Aber es gab kein Gefühl eines drohenden Zusammenbruchs, der uns natürlich bevorstand. Ich glaube, so schwierig der Zusammenbruch im August auch war, wir haben

ihn mit der Unterstützung vieler Militärs der einzelnen Länder gemeistert. Aber es war wirklich eine Überraschung, die wir nicht hätten durchstehen müssen.

Wie beurteile ich die Situation bei den Verhandlungen mit den Taliban? Ich würde ganz einfach sagen, dass die Taliban, als sie zu den Verhandlungen in Doha kamen, bereits einen Zeitplan für den Abzug der Truppen hatten. Und so sehr sich die afghanische Regierung und ihre Vertreter für die Verhandlungen einsetzten, so wenig hatte ich das Gefühl, dass die Taliban sich in gleichem Maße engagierten, was sich in unseren zahlreichen Treffen mit ihnen bemerkbar machte, als wir versuchten, sie an den Verhandlungstisch zu bringen und eine Einigung in einer Reihe von Fragen zu erzielen, insbesondere auf dem Istanbul Gipfel.

Wie schätze ich die Situation jetzt ein? Ich denke, dass ich zu Beginn eine sehr intensive Strategie für die Zusammenarbeit mit den De-facto-Autoritäten hatte, um zu sehen, wo wir versuchen können, Fortschritte zu erzielen, damit wir auf die Bedürfnisse der afghanischen Bevölkerung eingehen können. Ich denke, in den ersten sechs bis acht Monaten nach der Übernahme durch die Taliban hatten wir einen relativ konstruktiven Dialog und das Gefühl, dass wir Fortschritte machen. Es gab einige Mädchen, die zur Schule gingen und es sollten weitere Mädchen in die Schule kommen. Ich kann die vielen Bereiche aufzählen, in denen wir mit ihnen zusammengearbeitet haben, aber ich würde sagen, dass im Frühjahr 2022 die Hardliner der Taliban die Macht übernommen haben und die Machtbasis stärker von Kandahar ausging. Ich glaube, dass wir uns aktuell in einer Sackgasse befinden und sehr entschlossen sein müssen, im Land zu bleiben und dem afghanischen Volk beizustehen, um es zu unterstützen. Aber wir müssen realistisch einschätzen, mit wem wir es zu tun haben, wenn es um eine verantwortungsvolle Regierungsführung geht. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Als nächstes haben wir zwei Fragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Mielke und anschließend Herr Nachtwei.



SV **Dr. Katja Mielke:** Frau Botschafterin, ich danke Ihnen, dass Sie uns Ihre Sichtweise mitgeteilt haben. Meine Frage bezieht sich auf den letzten Punkt, den Sie ansprachen, als Sie sagten, wir müssten unseren Partnern gegenüber strenger sein. Sie haben auch die Korruption im afghanischen Innenministerium erwähnt. Und meine Frage ist: Wann hatten wir wirklich die Möglichkeit Konditionalität anzuwenden? Ist die Konditionalität ein realistisches Instrument, das jemals hätte funktionieren können? Haben Sie Beispiele, wo das tatsächlich funktioniert hat? Vielleicht können Sie ein wenig auf diese Erfahrungen eingehen, und darauf, unter welchen Umständen dieses Instrument vielleicht bei anderen zukünftigen Gelegenheiten, wirklich sinnvoll angewendet werden kann. Ist es das richtige Instrument, und wenn ja, unter welchen Umständen? Ich danke Ihnen.

SV **Winfried Nachtwei:** Guten Morgen, Frau Botschafterin. Nachträglich herzlichen Dank an Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen für die regelmäßigen UNAMA-Berichte zu den zivilen Opfern im Rahmen des gewaltsamen Konfliktes. Diese Berichte waren immer wieder zentrale Quellen, um die Entwicklung der Sicherheit oder Unsicherheit in Afghanistan genauer zu bewerten. Leider ist aber festzustellen, dass diese sehr konkreten und über die Jahre sehr erschütternden Berichte auch hierzulande viel zu wenig wahrgenommen wurden. Zum Beispiel als Sie im Jahr 2014, dem ISAF-Abzugsjahr, meldeten, dass die Zahl der zivilen Opfer um 20 Prozent gestiegen sei – es gab 10.000 Tote und Verwundete –, wurde das praktisch nicht wahrgenommen. Meine Frage ist: Vor 22 Monaten war der Sieg der Taliban, und damit endeten die Terrorkampagnen der Taliban. Welche Rolle spielen seitdem transnationale Terrornetzwerke in Afghanistan, die im Jahre 2001 überhaupt der Anstoß für die internationale Intervention waren? Danke schön.

**Deborah Lyons** (VN-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiterin von UNAMA von 2020 bis 2022): Vielen Dank. Die Frage nach der Konditionalität: Als ich 2013 nach Afghanistan kam, war ich erstaunt, wie viel Arbeit noch vor mir lag, um die Institutionen der afghanischen Regierung zu stärken. Die Arbeit, die wir,

Deutschland und Kanada, im Rahmen des Aufsichts- und Koordinierungsgremiums der NATO geleistet haben, hat meines Erachtens wirklich eine erste Wirkung gezeigt. Wir haben insbesondere im Innenministerium das Amt eines Inspektors mit eindeutigen Prüfungsfunktionen eingerichtet. Und offen gesagt, die Art und Weise, wie diese Bemühungen in die Tat umgesetzt und Ergebnisse erzielt werden, ist harte, kontinuierliche Arbeit. Ich denke, dass ein Teil unseres Problems die hohe Fluktuation der Diplomaten war. Ich ging zunächst für ein Jahr und blieb schließlich für drei Jahre, weil klar wurde, dass man in einem Jahr nichts erreichen konnte. Aber durch das ständige Kommen und Gehen von Diplomaten hatte man oft nicht die nötige Beständigkeit in der Sache. Ich denke, wir brauchten unsere Leute vor Ort im Innenministerium, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiteten, um diese Bedingungen festzulegen und sicherzustellen, dass wir die wichtigen Schulungen und Überprüfungen durchführten.

Meiner Ansicht nach verlieren wir bei diesen Themen zu oft den Fokus. Wir legen fest, was wir wollen, wir legen sogar Indikatoren und Messwerte fest, aber wir verfolgen es nicht bis zum Ende. Ich denke, Afghanistan ist dafür ein extremes und eklatantes Beispiel, bei dem wir hoffentlich in Zukunft viel sorgfältiger und entschlossener gegen die Korruption vorgehen und sicherstellen werden, dass wir bei der Festlegung der Konditionalität und bei der Darlegung unserer Erwartungen an die andere Seite dies immer wieder betonen und nicht zulassen, dass wir nachgiebig werden oder dass die andere Seite sich unseren Erwartungen weiterhin auf verschiedene Weise entzieht. Ich stimme Ihnen also voll und ganz zu, und mir ist die Frustration in Ihrer Stimme durchaus bewusst, denn ich spüre sie natürlich. Aber ich denke, wir müssen uns einfach anstrengen. Und für den kurzen Zeitraum um 2015 und 2016, als Kanada und Deutschland beim OCB [Operations Coordination Board] tief in die Materie eintauchten, haben wir meiner Meinung nach Fortschritte gemacht, aber wir haben harte Arbeit geleistet, und diejenigen, die nach uns kamen, hatten leider nicht ganz dasselbe Engagement.



Zu der Frage zu den transnationalen Terrornetzwerken: Ich glaube, es steht außer Frage, dass die Taliban bis auf weiteres nicht zulassen werden, dass von Afghanistan aus ein Terroranschlag auf ein anderes Land verübt wird. Und das sagen sie immer wieder, und sie arbeiten hart daran, und sie haben in Bezug auf ISIS und ISKP [Islamic State Khorasan Province] hart daran gearbeitet. Die Realität ist jedoch, dass Afghanistan ein großes Land mit einer sehr durchlässigen Grenze ist. Ich habe das für diese Sitzung nicht nachgeprüft, aber wir wissen, dass es eine Zunahme von Aktivitäten, Organisation und Zusammenkünften verschiedener Gruppen in Afghanistan gegeben hat, und dass sicherlich terroristische Elemente aus anderen Teilen der Welt Afghanistan als potenziellen Zufluchtsort sehen. Ich meine daher, dass wir offensichtlich alle diese Sorge haben. Dieses Problem wird meiner Meinung nach größer, und ich sehe keine einfache Lösung dafür. Die Taliban haben sich jedoch dazu verpflichtet, und sie haben sich in diesen 22 Monaten daran gehalten. Ich denke, es werden einige sehr schwierige Gespräche darüber geführt werden müssen, wie die Nachbarländer, die darüber besonders besorgt sind, und die gesamte internationale Gemeinschaft einen Weg finden können, mit den Taliban zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass sie diese Verpflichtung einhalten und dass wir insgesamt ein größeres Gefühl der Sicherheit haben. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Es folgt Herr Haunreiter für die AfD-Fraktion.

**SV Reiner Haunreiter**: Frau Botschafterin, recht herzlichen Dank für das tolle Eingangsstatement. Meine Frage lautet: Von Beginn an, vom Petersberger Prozess an, bis zum Schluss, bis zum Abzug, hatten die USA die führende Rolle, militärisch genauso wie politisch. Könnten Sie aus Ihrer Erfahrung heraus vielleicht ausführen: Welche Rolle hätte Deutschland gegebenenfalls mit der EU spätestens nach der Tötung von Osama bin Laden spielen können? Wäre es möglich gewesen, hier die Hoheit der Amerikaner deutlich zu begrenzen und einen anderen Kurs einzuschlagen?

Meine zweite Frage ist: Gab es während Ihrer Zeit bei UNAMA Gespräche mit Taliban in Afghanistan – nicht in Doha, sondern in Afghanistan? Konnten Sie Gespräche von verschiedenen westlichen Ländern in der Annäherung an die Taliban beobachten? Vielen Dank.

**Deborah Lyons** (VN-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiterin von UNAMA von 2020 bis 2022): Zur Frage, welche größere Rolle Deutschland oder andere europäische Länder vielleicht hätten spielen können, insbesondere in den ersten Tagen: Ich denke, dass die NATO-Koalition an der Seite der USA in den ersten Tagen sehr beeindruckend und sehr konstruktiv war. Ich denke, weil der Konflikt so lange andauerte, mussten einige Länder zu Recht ihr militärisches Engagement reduzieren. Und zu diesem Zeitpunkt waren es die USA, die die Führung beibehielten und fortsetzten, weil zu diesem Zeitpunkt der militärische Schwerpunkt so entscheidend war. Und die Taliban sahen die USA als ihren Hauptfeind an. In vielerlei Hinsicht betrachten sie die USA – und taten dies auch damals – als Repräsentanten für den Rest der Welt. Sie interpretierten das USA/Taliban-Abkommen als Abkommen mit der internationalen Gemeinschaft. Das mussten wir bei ihnen immer wieder korrigieren.

Was hätten Deutschland und die europäischen Länder also noch tun können? Auch hier ist es im Nachhinein schwer zu sagen, aber ich würde sagen, dass Deutschland in meiner Zeit als Botschafterin und Leiterin der UNAMA auf jeden Fall versucht hat, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, die wir als UNAMA als kritisch ansahen: Menschenrechte, Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Sicherstellung einer starken Koordinierung der Geber, all diese wichtigen Bereiche. Aber ich denke, dass die USA in einem Konflikt wie diesem, insbesondere mit den Taliban und vor allem nach Al-Qaida und dem Vorfall mit Osama bin Laden, die Führung übernommen haben und sie auch behalten haben. Sie blieben militärisch in Führung, was von den Taliban als der entscheidendste Bereich angesehen wurde. Und ich kann mir kein anderes Land vorstellen, welches die USA in dieser Rolle ersetzt hätte. Ich denke, was wir hätten tun kön-



nen, wäre eine bessere Beziehung zu den USA zu begründen, bei der vielleicht die VN und die europäischen Länder einen Teil der politischen Diskussionen mit den Taliban hätten übernehmen können. Deshalb ist es auch so bedauerlich, dass die Verhandlungen in Doha selbst so eingeschränkt wurden.

Wurde ich bei den Gesprächen in Doha Zeugin von Gesprächen zwischen westlichen Ländern und den Taliban? Durchaus, viele Male. Und Ihr dortiger deutscher Vertreter galt sowohl bei der afghanischen Regierung und den Beamten im Rahmen der Friedensgespräche als auch beim Verhandlungsteam der Taliban als sehr vertrauenswürdig. Wir haben uns selbst oft mit ihnen getroffen. Ich glaube, damals waren die Gespräche etwas hoffnungsvoller, als die Gespräche, die wir vielleicht heute mit der Taliban-Führung führen würden. Und wie ich bereits sagte, hatten wir, die UNAMA und die Länder, die vor Ort und bei einigen der Treffen, die auch nach August 2021 in Doha stattfanden, waren, anfangs das Gefühl, wie ich auch im VN-Sicherheitsrat sagte, dass trotz der Tatsache, dass es sich um einen negativen Frieden handelte und wir noch in den Anfängen steckten, wir das Gefühl hatten, dass es eine Möglichkeit gab, die verschiedenen Probleme zu lösen, seien sie wirtschaftlicher Art oder, was noch wichtiger war, einige der sozialen und politischen Probleme und Menschenrechtsprobleme. Das änderte sich im Frühjahr und Winter 2022.

Ich denke, wir müssen uns wieder auf unsere Fähigkeit, auf unseren Instinkt besinnen, ein gutes Ende zu wollen, auf unseren Instinkt, zu hoffen, dass sich die Dinge zum Guten wenden werden, weil wir uns vielleicht etwas vorgemacht haben, dass dies irgendwie konstruktiver sein würde als das, was wir heute sehen. Andererseits ist die Taliban-Führung, die Ende des Frühjahrs 2022 die Oberhand gewann und bis heute anhält, keine Stimme, die wir während der Verhandlungen oder in der Zeit, in der das Taliban-Verbindungsbüro in Doha tätig war, gehört hätten. Wir müssen also in Zukunft unsere Augen viel offener halten und bei diesen Verhandlungen härter sein. Und wir müssen dafür sorgen, dass die VN eine wirklich stärkere Rolle spielen kann. Ich glaube, dass wir diese Rolle nicht bekommen haben, weil einige

der dominanten Akteure, darunter Russland und China und andere, ein Interesse daran haben, dass wir diese Führungsrolle nicht bekommen, die vielleicht das Ergebnis, das wir heute sehen, etwas abmildern hätte können. Ich danke Ihnen.

**Die Vorsitzende:** Abschließend stellt Herr General Ramms, der online zugeschaltet ist, für die FDP-Fraktion eine Frage.

**SV Egon Ramms:** Exzellenz, ich darf mich zunächst für Ihr sehr interessantes Briefing bedanken und auch für die Art und Weise, wie Sie die Fragen bisher beantwortet haben. Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen: Seit etwa 2005/2006 ist in den Mandaten von UNAMA und ISAF die Koordinierung durch UNAMA, aber auch die enge Zusammenarbeit zwischen UNAMA und ISAF und die Unterstützung der afghanischen Regierung durchgehend festgelegt. Ihnen ist sicherlich der Name Chris Alexander bekannt. Chris Alexander hat versucht, im Jahre 2007/2008 die koordinierende Rolle von UNAMA zu verstärken. Er ist damit leider bei dem dann nachfolgenden UN-Vertreter gescheitert. Ich war damals mit beteiligt und habe das sehr bedauert. Wie kann man für die Zukunft – das ist nämlich der entscheidende Teil – sicherstellen, dass die Mandate, die von den Vereinten Nationen ausgesprochen werden, bei ähnlichen Situationen so gefasst werden, dass UNAMA eine solche stärker koordinierende Rolle wahrnehmen kann? Das kann nur UNAMA machen, das können nicht die Militärs machen und es kann keine schwache Landesregierung machen. Wie kann man das verstärken? Und glauben Sie, dass man, wenn man diesen Versuch bei den Vereinten Nationen macht, tatsächlich Aussicht auf Erfolg haben kann?

**Deborah Lyons** (VN-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiterin von UNAMA von 2020 bis 2022): Vielen Dank für diese Frage. Das ist wieder ein ähnliches Thema wie bei einigen Ihrer Kollegen. Vielen Dank für die Erwähnung von Chris Alexander, den ich recht gut kenne. Ich freue mich zu hören, dass Chris damals hart daran gearbeitet hat, ein stärkeres Mandat für die UNAMA zu erhalten. Wie können wir das in



Zukunft sicherstellen? Ich denke, dass die Arbeit, die Sie gerade leisten, absolut entscheidend ist. Und ich hoffe, dass andere Länder eine ähnliche Untersuchung durchführen, denn zu viel Geld, Leben, Blut, Mühe und Zeit wurden für den Versuch eingesetzt, ein viel besseres Ergebnis zu erzielen als das, das wir jetzt vor uns sehen. Ich hoffe also, dass diese Art von Untersuchungen dazu beitragen, mehr herauszufinden. Ich denke auch, dass sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nicht nur im VN-Sicherheitsrat sondern auch in der Generalversammlung mit diesem Thema befassen sollten, denn es ist wichtig, dass wir in allen Konfliktgebieten und fragilen Staaten, in denen die Vereinten Nationen tätig sind, die nötigen Befugnisse haben, um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen.

In erster Linie ist also die Arbeit, die Sie leisten, entscheidend. Ich hoffe, dass Sie auch Ihre europäischen Partner daran teilhaben lassen werden. Ich hoffe, dass das an andere Länder weitergegeben wird. Ich hoffe, dass auch die NATO-Staaten zusammenkommen und eine sehr strikte Bewertung der Geschehnisse vornehmen werden, um festzustellen, was passiert ist und warum und was anders gemacht werden muss. Und ich glaube, dass wir dabei verstehen werden, dass die Rolle einer politischen VN-Mission in Zukunft deutlich gestärkt werden muss.

Das heißt natürlich nicht, dass dies gleichbedeutend mit Erfolg ist. Es bedeutet nur, dass wir eine bessere Möglichkeit haben, uns mit der aktuellen Regierung auf eine sehr einheitliche Weise auseinanderzusetzen. Das bedeutet, dass wir eine solide Strategie entwickeln können, auf die sich die verschiedenen Akteure geeinigt haben, und uns auf diese Strategie konzentrieren können. Es erlaubt uns vielleicht, ein wenig härter zu sein, denn, um es klar auszudrücken, glaube ich, dass wir als internationale Gemeinschaft in den letzten 20 Jahren in dieser Konfliktsituation von vielen Akteuren gespalten, freigekauft und ausgespielt wurden. Und ich denke auch, dass die

VN selbst bewusster darauf achten müssen, dass das Mandat, das sie erhalten, auch durchführbar ist. Und dafür brauchen wir natürlich einen gut funktionierenden VN-Sicherheitsrat. In der zweiten Hälfte unserer Zeit in Afghanistan haben die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten im VN-Sicherheitsrat unsere Effektivität weiter untergraben, obwohl unser letztes Mandat ein sehr gutes war, wofür ich dankbar bin. Aber auch hier gilt: Untersuchungen wie die Ihre, die VN selbst, die meines Erachtens den Mandaten, die der VN-Sicherheitsrat ihnen erteilt, viel kritischer gegenübersteht, versuchen so weit wie möglich sicherzustellen, dass die wichtigsten Bestandteile, die wir haben, vorhanden sind, um zu gewährleisten, dass wir die richtige Art von Beziehung zu den ausländischen Militärmächten haben, die in dem Konfliktland neben uns tätig sind. Und wie ich bereits erwähnt habe, müssen wir alle akzeptieren, dass wir, wenn wir unsere nationalen Mitarbeiter und unsere Steuergelder mit diesen Ländern teilen, in unserem Engagement strikter vorgehen, echte Erwartungen formulieren und auf ihrer Erfüllung bestehen müssen.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Botschafterin. Ich kann mich dem Dank von Herrn General Ramms für die Art und Weise, wie Sie die Fragen beantwortet haben, und auch für die Klarheit nur anschließen. Herzlichen Dank auch allen Kolleginnen und Kollegen. Ich darf die Sitzung schließen, und wir sehen uns alle am 2./3. Juli zu unserer Klausurtagung. Danke schön.

Schluss der Sitzung: 16:23 Uhr

**Michael Müller, MdB**

**Vorsitzender**



---

## Öffentliche Anhörung am 19. Juni 2023

### zum Thema „Neuausrichtung, Anpassung und Abzug 2015 bis 2021: Deutschlands Rolle im multilateralen Kontext – Abzug und Verhandlung“

---

#### Leitfragen an die eingeladenen Sachverständigen

##### Herr **Andreas von Brandt**

- Wann und wie hat sich in der internationalen Gemeinschaft und in Deutschland die Erkenntnis durchgesetzt, dass man mit den Taliban eine politische Lösung finden muss?
- Wie haben Sie die Pläne der Trump- und der Biden-Administration in Bezug auf den Abzug der US-Truppen eingeschätzt, wie hat sich dies auf die deutschen politischen Optionen ausgewirkt und welche Lehren ziehen Sie aus Ihren Erfahrungen für künftige Engagements?
- Welche Rolle hatte die Bundesrepublik Deutschland in der Genese des Doha-Abkommens (auch bezüglich der Vorab-Version aus dem August 2019) und welche Fortschritte waren in den letzten Jahren (2018-2021) in Afghanistan noch erkennbar?
- Welche Ziele wollte Deutschland bei den Verhandlungen in Doha erreichen, wie fanden dazu die Abstimmungen mit den internationalen Partnern statt und welche Erfahrungen zieht man aus diesen Verhandlungen für zukünftige Szenarien dieser Art?

##### Herr **Botschafter Jan Hendrik van Thiel**

- Wie haben Sie die letzten Wochen des internationalen Engagements in Afghanistan wahrgenommen?
- Wie haben Sie die Lage vor Ort in der letzten Phase des Einsatzes eingeschätzt, wie wurden Lagebilder und Unterstützungsbedarfe von der Zentrale in Berlin aufgenommen und welche Maßnahmen wurden ergriffen?
- Wie fanden in der letzten Phase die Abstimmungen vor Ort in Kabul mit den internationalen Partnern, mit dem Auswärtigen Amt und der afghanischen Regierung statt?
- Bereits 2012 nahmen Sie als Sachverständiger an einer Sitzung im Bundestag zu „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ teil. Wie hat sich Ihre Einschätzung der Vernetzten Sicherheit in Bezug auf Afghanistan seit damals verändert? Welche Fortschritte gab es und welche Probleme müssten zukünftig gelöst werden? Muss die Interaktion zwischen den deutschen Akteuren harmonisiert werden?
- Wie wurde das Lagebild zu Afghanistan für die politischen Entscheidungsträger im Bundeskanzleramt, Bundesministerium der Verteidigung, Auswärtigen Amt etc. im Zeitraum 2015 bis 2021 generiert, wo gab es ernsthafte Reibungsverluste und wie könnten diese in Zukunft vermieden werden?

Frau **Deborah Lyons**

- Wie fand die internationale Koordination durch UNAMA statt?
- Wie bewerten Sie die Führungsrolle von UNAMA während des Afghanistan-Einsatzes?
- Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit mit der NATO?
- Wie verlief die Zusammenarbeit von UNAMA mit Deutschland?



---

**Kommissionsdrucksache 20(28)26**

---

**Botschafter Jan Hendrik van Thiel**  
**Auswärtiges Amt**

**Stellungnahme\***

**Öffentliche Anhörung**

**zum Thema**

**„Neuausrichtung, Anpassung und Abzug 2015 bis 2021:  
Deutschlands Rolle im multilateralen Kontext - Abzug und  
Verhandlung“**

**am 19. Juni 2023**

---

\* Die Stellungnahme wurde von dem Sachverständigen erneut in einer überarbeiteten und ergänzten Fassung für die Veröffentlichung übersandt.





Embassy  
of the Federal Republic of Germany  
Kingston

Jan Hendrik van Thiel  
Ambassador/Botschafter  
Permanent representative to the International Seabed Authority/ Ständiger Vertreter bei der  
Internationalen Meeresbodenbehörde

## Leitfragen der Enquête-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands

### 1. *Wie haben Sie die letzten Wochen des internationalen Engagements in Afghanistan wahrgenommen?*

#### 1.1 Faktoren die meine Wahrnehmung geprägt haben:

- Vorerfahrung: in Afghanistan (2009/10) als ziviler Leiter eines PRT; Tätigkeit als diplomatischer Berater im Einsatzführungskommando (2020-2021) und die Einweisungswochen in AA und BND Fröhsommer 2021.
- Funktion als Geschäftsträger und Mitglied von EU, NATO und innerem „Koordinationskreis“ (VN, NATO, EU, USA, GBR und DE).
- Rolle als verantwortlicher Leiter der Botschaft Kabul nach außen (AFG) und innen (Entsandte und Ortskräfte).

#### 1.2 Wesentliche perzipierte Rahmenbedingungen:

- Politisch wie de facto nicht mehr revidierbarer militärischer Abzugsbeschluss, der von wesentlichen Akteuren, darunter uns selbst, bereits vollständig umgesetzt war, von anderen (USA, GBR) konsequent vorangetrieben wurde. Spätestens die Aufgabe von US-Luftwaffenstützpunkt Bagram am 02.07.21, also vor meiner Ankunft in Kabul, machte den militärischen Abzug der NATO in meiner Wahrnehmung praktisch irreversibel.

Politisch war die Position des gegenwärtigen US-Präsidenten Biden schon im Wahlkampf deutlich. Sie hatte sich seit seiner Vize-Präsidentenzeit in wesentlichen Punkten nicht verändert. Und trotz großem diplomatischen Engagements gegenüber USA stand seit April 2021 auch in der NATO politisch de facto irreversibel der Abzug fest. Das von den Taliban einmalig verlängerte und dann fortlaufend bestätigte Enddatum der NATO-militärischen Präsenz war der 31.08.21. Dieses Datum bildete für mich in der Wahrnehmung einen entscheidenden Planungshorizont.

- Ein politischer Verhandlungsprozess in Doha, dessen erfolgreicher Abschluss (dabei Unklarheit strategische Mehrdeutigkeit(?) hinsichtlich der Definition eines möglichen Erfolgs) normativ von einigen als einzig denkbares oder politisch

akzeptables Szenario betrachtet wurde, der tatsächlich aber keine wesentlichen Fortschritte erzielte.

- Ein militärischer Vormarsch der Taliban, die der sog. „Republik“ gleichwertige bis deutlich überlegene Kräfte in der Fläche landesweit und im Laufe ihrer Offensive auch in Provinzhauptstädten und schließlich Kabul entgegenstellen konnten. Kräfte, die zudem strategisch und taktisch gut geführt wurden.
- In Kabul waren außerhalb der „Green Zone“ schon bei meiner Ankunft im Juli 2021 substantielle Kräfte von Taliban (Haqqani-Netzwerk) und IS, jederzeit in der Lage, Attentate und ggf. auch weitergehende Operationen in der Stadt durchzuführen. Konsequenz: Die Stadt jenseits der „Green Zone“ musste nicht unbedingt von außen „erobert“ werden und sie konnte nicht als geschlossenes Ganzes nach außen verteidigt werden. Eine mil. Verteidigung der „Green Zone“ und des Flughafens, der durch schrittweise Schließung der Landverbindungen ins Ausland absehbar letzten zivilen und militärischen Lebensader von Republik und verbliebenen NATO-Kräften, war offensichtlich keine durchführbare Option.
- Nur auf dem Papier starke, aber in Wirklichkeit strukturell schwache Sicherheitskräfte (Kommandostrukturen, Logistik und Mobilität/„Enabler“, Dislozierung, Motivation, Rekrutierungsmöglichkeiten) der Republik, die schrittweise aufgegeben (vor allem im Süden, wo USA und GBR ausgebildet und gekämpft hatten) oder zur Aufgabe „motiviert“ wurden (vor allem im Norden, wo wir aktiv gewesen waren).
- Eine politisch zerstrittene „Republik“, deren interne Zwistigkeiten (Ghani/Karzai, Warlords/Regierung, Regionen/Kabul, ethnische und intraethnische Spannungen etc.) selbst im Angesicht der drohenden Niederlage nicht überwunden werden konnten.
- Eine nur überschaubar große, zwischen Euphorie/Selbstüberschätzung und Apathie/Selbstaufgabe schwankende städtische Zivilgesellschaft, die sich der Entwicklung nur unzureichend stellen konnte/wollte.

Im Ergebnis: Von den Militärs eine stringente Abzugsvorbereitung und –durchführung mit Zieldatum 31.08. Auf der zivilen Seite in Kabul größere Übereinstimmungen in Wahrnehmungen und Analysen und in den Hauptstädten eine gewisse Mehrstimmigkeit, zum Teil normatives und Wunschdenken, widersprüchliches und häufig wenig an dem tatsächlich voranschreitenden Auflösungsprozess der Republik orientiertes Handeln.

### 1.3 Wesentliche wahrgenommene prioritäre Aufgaben:

- Sichere Evakuierung möglichst zahlreicher, unter Taliban besonders gefährdeter Afghaninnen, die uns besonders nahestanden (MR-Aktivistinnen, Richter\*innen, Journalistinnen etc.) oder für die wir besondere Verantwortung übernommen hatten (Ortskräfte).
- Sichere Evakuierung unserer Botschaft, dafür realistische Planung eines tatsächlich durchführbaren Szenarios; u.a. offene Fragen: Botschaft Sammelpunkt, Verlegung von Botschaft zum Flughafen, Land/Luft und für wen?

- Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs (u.a. das äußerst brisante Thema der weitergehenden Rückführungsflüge) bis zur Evakuierung und Vorbereitung eines Notbetriebs im Überwinterungsmodus nach Evakuierung des Gros' der Belegschaft, soweit dies von Berlin gewünscht worden wäre.

2. *Wie wurde das Lagebild zu Afghanistan für die politischen Entscheidungsträger im Bundeskanzleramt, Bundesministerium der Verteidigung, Auswärtigen Amt etc. im Zeitraum 2015 bis 2021 generiert, wo gab es ernsthafte Reibungsverluste und wie könnten diese in Zukunft vermieden werden?*

Diese Frage geht zeitlich - ich war 2009/10 in Faisabad und 2020/21 in EFK und Botschaft Kabul mit Afghanistan befasst - und von der Zuständigkeit weit über meine ehemaligen Rollen und Funktionen hinaus.

Aus meiner „Froschperspektive“ gab es nicht das eine Lagebild zu Afghanistan. Was ich bestätigen kann, ist, dass Lagebilder aus Afghanistan offenbar nur ein Aspekt bei der Generierung von Lagebildern auf der Hauptstadtebene waren. Mir wurde 2009/10 wie 2021 (nicht durch förmliche Weisung) empfohlen, nicht direkt an höchste Ebenen und per formellem Bericht („DKor“), die auch ungefiltert von den politischen Entscheider\*innen gelesen werden können, zu berichten. Ich habe 2009/10 und 2021 wiederholt erlebt, dass ein „Lagebild“ aus Berlin die Berichterstattung aus Afghanistan „überwölbt“ oder verdrängt hat. Das ist nicht die Regel im Krisenmanagement des Auswärtigen Amts; bei anderen Krisen, die ich miterlebt oder beobachtet habe, kam den Einschätzungen und Empfehlungen der Auslandsvertretung ein weit größeres Gewicht zu. Als Begründung für diese Ausnahme wurde mir gegenüber auf die besondere politische Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes verwiesen. Auch während und nach Abschluss der Evakuierung kam wiederholt kritisch zur Sprache, dass ich das Berliner politische Geschehen in meiner Berichterstattung nicht ausreichend berücksichtigt habe. Formelle Weisungen wurden diesbezüglich allerdings nicht erteilt; es wurde offenbar erwartet, dass wir in Afghanistan aufgrund eigener Erfahrung des Berliner Betriebs äußerst zurückhaltend berichten und insbesondere keinen Entscheidungs- oder Handlungsdruck erzeugen wollen: „Du weißt doch, wie die Zentrale tickt“, hieß es vorher, während und nachher. Das war zutreffend; ich wusste aber auch, dass uns in Kabul die Zeit davonlief und worum es konkret für uns ging.

Es gibt in der Hierarchie des Auswärtigen Amts und der Bundesregierung insgesamt höher positionierte und unmittelbarer am politischen Geschehen in Berlin Beteiligte, die zu Fragen der politischen Kommunikation zwischen Ressorts untereinander und mit dem Kanzleramt sowie mit der Legislative oder auch direkt mit politischen Parteien Auskunft geben können. Die Afghanistan-Beauftragten z. B. waren Beauftragte der Bundesregierung nicht des Auswärtigen Amts, mit Zugang zu allen Ministerien (im AA direkt zu BM), Kanzleramt und Bundespräsidialamt. Ich habe mir während meiner Afghanistan-Einsätze vorgestellt, dass sie eine besondere Rolle in Bezug auf die Konsolidierung der Lagebilder für politische Entscheider\*innen hatten. Aber wie weit ihre Rolle in beide Richtungen wirklich ging, vermag ich aus eigener Erfahrung nicht einzuschätzen.

3. *Wie haben Sie die Lage vor Ort in der letzten Phase des Einsatzes eingeschätzt, wie wurden Lagebilder und, Unterstützungsbedarfe von der Zentrale in Berlin aufgenommen und welche Maßnahmen wurden ergriffen?*

Die Parameter und wesentlichen Faktoren, die meine Wahrnehmung und Einschätzungen mitbestimmt haben, habe ich bereits oben unter erstens etwas auszuführen versucht; auch die Aufgaben, die aus meiner Sicht mit Priorität zu erledigen waren.

Operativ wichtig war der sich verkürzende Zeithorizont in Kontrast zu unserem ungenügenden Stand der Vorbereitungen für eine absehbar notwendige Reduzierung von Personal und Aktivitäten der Botschaft und schließlich für eine Evakuierung.

Vor Eintreffen in Kabul war mir bekannt, aber operativ nicht abschließend klar, mit welchem Zeithorizont ich würde arbeiten können. Auflösungsprozesse unter militärischem Druck können schneller oder langsamer verlaufen, linear verlaufen sie selten. Wir alle hatten die Bilder aus Saigon (chaotische Evakuierung im April 1975) vor Augen, unsere amerikanischen Partner\*innen sprachen zudem öfter davon, dass sich „Bengasi“ (Attentat auf das US-amerikanische Konsulat im libyschen Bengasi am 11. September 2012) nicht wiederholen dürfe. Beim Eintreffen war für mich eine vordringliche Aufgabe, mehr Klarheit auf der Zeitachse zu gewinnen. Dafür waren zwei miteinander verbundene Parameter entscheidend: Wie lange würde die Republik durchhalten können und wie schnell geht der Abzug der Partner\*innen aus Kabul, aus der grünen Zone und vom Flughafen von statten?

Militär-Experten in Deutschland hatten den afghanischen Sicherheitskräften nach Abzug der internationalen Kräfte maximal drei bis sechs Monate gegeben. Im Norden war der Abzug im Juni vollendet.

An meinem ersten Morgen in Kabul, am 11. Juli, habe ich in der Kerngruppe (VN, EU, USA, GBR und wir) die Kolleginnen diesbezüglich befragt; es hieß, wir hätten wahrscheinlich noch Monate, wenn auch nicht viele. Eine Woche später, am 18. Juli hieß es, es seien nur noch Wochen. Daraus entstand ein großer zeitlicher Handlungsdruck.

Dieser wurde dadurch verstärkt, dass die Vorbereitungen auf eine mögliche Evakuierung unzureichend waren. Weder gab es im Juli eine Aufnahmebereitschaft noch Listen für gefährdete Afghaninnen - ich hatte mich seit Jahreswende 2020/21 dafür intern erfolglos eingesetzt - noch gab es Klarheit hinsichtlich der mit zu evakuierenden Ortskräfte (aus welchen Geschäftsbereichen, Anzahl, zu berücksichtigende Familienangehörige), noch gangbare Eilverfahren. Und zuletzt gab es lediglich eine Evakuierungsplanung für die Botschaft, die nicht tragfähig war. Die deutschen Entsandten hatten eine Zusage der USA, sie im Fall der Fälle aus der „Green Zone“ mitzunehmen, aber diese Zusage galt nur für diese klar definierte kleine Kerngruppe. Gleichzeitig sollte die Botschaft Sammelpunkt für Deutsche werden, ohne dass ausreichende praktische Vorkehrungen für größere Zahlen zu Evakuierender (Unterkünfte, Nahrungsmittel, Wasser) getroffen worden waren und ohne dass für eine Verlegung (Land, Luft) von dort an den Flughafen gesorgt war. Bei allen Evakuierungsplanungen der Bundeswehr bisher, das wusste ich aus dem Einsatzführungskommando und aus meiner Zeit in Dschuba, galt Abholung im Rahmen einer Evakuierung immer ab einem militärisch gesicherten Flughafen. Die Verlegung von den Sammelpunkten zum Flughafen war stets Sache der Botschaft oder der Betroffenen selber. Die Botschaft Kabul verfügte aber weder über ausreichend Fahrzeuge noch Sicherungskräfte für einen ohnehin absehbar in einem chaotischen

Umfeld kaum möglichen Landtransport zum einzig verfügbaren Kabuler Flughafen „HKIA“, noch wurde die Frage eines eigenen Helikoptershuttles (Anmietung von Helikoptern, Einrichtung eines funktionstauglichen Landeplatzes) bis zur Evakuierung gelöst. Diesbezüglich spielten wohl Kostenfragen eine entscheidende Rolle.

Mein Lagebild war also zusammengefasst: Zum Abarbeiten der offenen Fragen, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs blieb nur sehr wenig Zeit. Zum Glück hat die gesamte Botschaftsbelegschaft, auch wenn die eine oder der andere die Lage im Land nicht ganz so dramatisch sah wie ich, die Prioritäten und Aufgabenerledigung genauso dringlich gesehen. Jeder/jedem vor Ort schien klar, dass wir vorbereitet sein müssen, es aber noch nicht waren. Besonders hilfreich war von Beginn an und bis buchstäblich zum letzten Tag die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsbeauftragten der Bundespolizei und dessen Vertreter auf der Grundlage eines gemeinsamen Lagebildes. Am Flughafen wurde diese durch das exzellente Zusammenwirken mit dem ressortübergreifenden Krisenunterstützungsteam sowie General Arlt und der Bundeswehr ergänzt.

Im Auswärtigen Amt wurden unsere Einschätzungen weder zur Notwendigkeit noch zur Dringlichkeit zu ergreifender Maßnahmen geteilt. Die Beispiele anderer alliierter Nationen wurden als für uns nicht maßgebend verworfen. Die letzten australischen Diplomaten und Soldaten hatten Afghanistan am 18. Juni verlassen. Die Franzosen dünnten ihre Botschaft einschließlich der Ortskräfte konsequent bereits im Juni/Juli aus und forderten im gleichen Monat ihre Landsleute auf, das Land zu verlassen. Zum Zweck dieser Evakuierung schickten sie ein Flugzeug nach Kabul. Briten und Amerikaner flogen mit ansteigenden Zahlen seit Juli Tag für Tag immer mehr Landsleute und Ortskräfte mit Charterflugzeugen aus. Die Botschaft berichtete mündlich und schriftlich fortlaufend über die Aktivitäten der Partnernationen. Sie berichtete eindringlich auch über den Niedergang und schließlich die Agonie der Republik, einschließlich der sich rasch ausweitenden Absetzbewegung derer „Eliten“; aber bis in die Endphase in der zweiten Augustwoche mit wenig sichtbarem Erfolg in Berlin. Selbst ein Landsleutefrief mit der Aufforderung, das Land zu verlassen, war der Zentrale bis kurz vor Ende nicht abzurufen.

Aus der Hauptstadt gab es immer wieder die Rückmeldung, wir lassen uns nicht drängen, wir haben die Zeit, die wir brauchen. Wir wollen die „Republik“ nicht schwächen. Während Afghanistan und die wichtigsten unserer Partner in den Krisenmodus und Notbetrieb wechselten, versuchten wir den krisenfreien Normalbetrieb zu simulieren. Urlaube wurden mitten in der sich zuspitzenden Krise angetreten, Rotationen wurden bis in die letzte Woche durchgeführt.

In der Perspektive der Evakuierung der Botschaft am 14.08. gab es alternative Lagebilder auf Hauptstadtebene bis zum 14.08. und es gab diese auch während der elf Tage am Flughafen Kabul, während derer General Jens Arlt und ich ein völlig harmonisiertes gemeinsames Lagebild über die chaotische Lage und unsere begrenzten Möglichkeiten am Flughafen nach Berlin zu vermitteln versucht haben.

Dieses Auseinanderfallen der Lageeinschätzungen und in Berlin die Nicht- oder zu späte Berücksichtigung von operativen Vorschlägen aus Kabul hat uns Verantwortliche vor Ort in ein Dilemma geführt, das Beamte/Beamtinnen, Polizisten/Polizistinnen und Soldaten/Soldatinnen ungern erleben. Wir mussten uns entscheiden: entweder wir folgen dem zögernden Berlin und schaffen es nicht einmal, die lösbaren – es gab genug unlösbare - Aufgaben vor einer Evakuierung abzuarbeiten, oder wir tun, was in der Lage vor Ort getan werden musste, auch ohne entsprechende Weisung. Ich habe mich für die Botschaft - zum Glück unterstützt von den Kolleginnen vor Ort - für

Letzteres entschieden und soweit es möglich war, die Evakuierungsvorbereitungen vor Ort vorangetrieben; am Flughafen waren wir ohnehin im situativ-bestimmten Notbetrieb.

**4. *Wie fanden in der letzten Phase die Abstimmungen vor Ort in Kabul mit den internationalen Partnern, mit dem Auswärtigen Amt und der afghanischen Regierung statt?***

Mit den Partner\*innen in Kabul gab es mehrere Abstimmungsrunden in den verschiedenen Formaten (Kerngruppe, VN, EU, NATO, Kabul Sicherheitsgruppe, Gruppe der Sicherheitsbeauftragten etc.). wöchentlich. Hinzu habe ich an alle die Weisung gegeben, ihre Ohren auf alle zugänglichen Schienen zu legen, um jeden nahenden Zug frühzeitig wahrnehmen zu können. Mir war klar, dass Abzugsplanungen unserer Partner\*innen aus Sicherheitsgründen nicht im Voraus bis ins Detail klar kommuniziert würden. In der Regel wird ein späteres als das tatsächliche Datum genannt, um die Operationen nicht zu gefährden. Alle Botschaftsangehörigen waren ständig in der Informationsbeschaffung engagiert; auch ich habe jeden Tag Gespräche mit internationalen oder afghanischen Gesprächspartner\*innen zur Lage geführt. In den täglichen Botschaftsmorgenrunden - an denen auch der Bundesnachrichtendienst teilnahm - und ständigen weiteren Gesprächen, besonders intensiv zwischen dem Sicherheitsbeauftragten, dem Rechts- und Konsularreferenten und mir, haben wir unsere Informationen abgeglichen und unser Lagebild konsolidiert. Unser Lagebild haben wir nicht nur mit dem Bundesnachrichtendienst, sondern auch mit Vertreter\*innen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und natürlich um eingestufte Informationen reduziert mit weiteren Akteuren aus der Zivilgesellschaft geteilt und diskutiert.

Die Abstimmung mit der Zentrale fand neben E-Mail, WhatsApp und Telegramm, auch in wöchentlichen (mit dem zuständigen Referat) und anlassbezogenen Telefonkonferenzen mit verschiedenen Stellen im Haus statt. Wegen der Empfehlung, keine formellen Berichte zu schreiben, die Aufregung oder Unmut der Leitung hervorrufen könnten, habe ich darauf wie 2009/10 in Faisabad weitgehend verzichtet. Mir ging es ja gerade darum, die Dinge so zu schreiben, wie sie sich mir darstellten, um die Dringlichkeit vor Ort nach Berlin zu vermitteln und Bewegung zu erzeugen. Meine E-Mails hatten Verteiler unterhalb der politischen Entscheider\*innenebene, die gewährleistet haben, dass alle Informationen ungefiltert an den entscheidenden Stellen im Haus vorlagen.

**5. *Bereits 2012 nahmen Sie als Sachverständiger an einer Sitzung im Bundestag zu „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ teil. Wie hat sich Ihre Einschätzung der Vernetzten Sicherheit in Bezug auf Afghanistan seit damals verändert? Welche Fortschritte gab es und welche Probleme müssten zukünftig gelöst werden? Muss die Interaktion zwischen den deutschen Akteuren harmonisiert werden?***

Meine Afghanistan-Erfahrung beschränkt sich auf zweimal ein Jahr. Meine Erfahrung von 2009/10 ist in die Konzipierung der zivil-militärischen NATO-Übung Common Effort eingeflossen. Das war eine sehr gute und produktive Erfahrung, die das deutsch-niederländische Corps, die Außenministerien beider Länder und schließlich auch zivilgesellschaftliche Akteure zusammenbrachte, aber eben auch nicht

alle Akteure, auf die es im Feld ankommt. Aus dem damaligen Verständnis heraus, dass es weitere Einsätze wie den in Afghanistan geben würde, haben wir an Timing, engerer Abstimmung von Akteuren und Maßnahmen sowie effizienteren Strukturen gearbeitet. Als Übung war es für die Teilnehmenden ein Erfolg, leider konnten wir die Ansätze nie in der viel - auch auf Hauptstadtebene- fordernderen Praxis überprüfen.

Ob es Fortschritte in Umsetzung der vernetzten Sicherheit seitdem gab, entzieht sich meiner konkreten Erfahrung. Als ich nach Kabul kam, war die Bundeswehr bereits komplett abgezogen. Während des Jahres zuvor im Einsatzführungskommando ging es zu Afghanistan neben Lageanalysen und –bild, operativ in allererster Linie um den geordneten Abzug, der logistisch nach meiner Wahrnehmung eine im Ergebnis technisch gut gelöste Mammutaufgabe für die Soldatinnen darstellte.

Mein Eindruck jetzt aus der Ferne ist, dass sich zivil-militärische Auslandseinsätze in Zeiten, in denen Landes- und Bündnisverteidigung im Vordergrund stehen muss, nicht im Mittelpunkt befinden.

Die Herausforderungen bei Abstimmung, Koordinierung und Kooperation zwischen den deutschen Akteur\*innen scheinen weiterhin nicht durchgreifend gelöst zu sein.

Notwendig erscheinen u.a. eine verbesserte Ressortzusammenarbeit, die auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit einschließt, und ein Zuwachs an Klarheit bezüglich der Verfahren einer professionellen Konsolidierung der Lagebilder auf Hauptstadtebene. Insgesamt mehr und besser gebündelte sicherheitspolitische Expertise in der Bundesregierung, die in einer ersten Phase der Beobachtung Problemlagen unabhängig von innenpolitischen Betrachtungen und politisch gesteuerten und verfahrensorientierten multilateralen Abstimmungsprozessen analysieren und beschreiben würde, könnte womöglich bessere Entscheidungsgrundlagen für die politischen Verantwortlichen schaffen. Ob und wie die neue Nationale Sicherheitsstrategie auf diese Themen und weitere relevante eingeht, entzieht sich noch meiner Kenntnis. Am Rande habe ich davon gehört, dass das Krisenreaktionszentrum des AA daran arbeiten soll, Verfahren und Akteur\*innen in Krisenlagen zu prüfen und u. a. die Bundespolizei stärker einzubinden. Das könnten gute Schritte auf der Operateur\*innenebene sein, um mehr Kommunikation, Koordination und Kooperation auf nationaler Ebene einzuüben.

Eine Stufe vor praktischen operativen Verbesserungen sehe ich als grundsätzliche Voraussetzung für Verbesserungen unseres Krisenmanagements die Notwendigkeit einer neuen Strategie- und Fehlerkultur.

Das würde zunächst bedeuten, dass vor und während der Durchführung von Auslandseinsätzen hinsichtlich zu erreichender, dabei am besten widerspruchsfreier Ziele eine gewisse Klarheit erzielt wurde und die Zielerreichung am Maßstab der tatsächlichen Lageentwicklung regelmäßig überprüft wird. Es sollte auch eine Strategie definiert werden, deren angenommene Kausalketten transparent und nachvollziehbar eine mögliche Zielerreichung plausibilisieren. Wir sollten zumindest im Verbund mit anderen die Mittel (Personal, Material, Ressourcen, Zeit) zur Verfügung haben und tatsächlich einsetzen, die für die Umsetzung der Strategie zur Zielerreichung erforderlich sind. Wir sollten auch diese Parameter ständig überprüfen und Vor- und Rückschritte evaluieren, diese objektiv und ohne Scheu benennen, um daraus zu lernen (Fehlerkultur), und den Mitteleinsatz entsprechend der Lernerfolge kontinuierlich nachsteuern.

Im Fall Afghanistan wurden aus meiner Perspektive diese Grundvoraussetzungen spürbar zu wenig beachtet. Wenn dies beim so nicht vorhergesehenen, überhasteten

Eintritt in diesen Einsatz wahrscheinlich schwer anders möglich war, so hätte man die Evaluierungs- und Lernprozesse während des Einsatzes viel systematischer und konsequenter verfolgen können. Stattdessen schien vielfach das politische „Narrativ“, die politische „Kommunikation“ oder die gute Absicht den Blick auf die weit weniger erfreuliche Wirklichkeit vor Ort zu verdrängen oder zu überlagern. Ein von einigen als überraschend oder als überhastet dargestellter Abzug war die Folge. Hinzutrat bei nicht wenigen sofort die Legendenbildung: Wenn man etwas länger geblieben und so weitergemacht hätte wie zuvor, wäre man doch noch mit einer grundlegenden Transformation Afghanistans erfolgreich gewesen. Im Nachklapp zum Abzug gab es in Deutschland zudem eine Serie von Kommentaren, die in starker Verengung der Geschehnisse Fehler im Nachgang vor allem bei den USA oder Präsident Ghani suchten und nicht eigene Defizite beleuchteten. Meines Erachtens sind weder die Annahme des Erfolgs bei längerer Einsatzdauer noch die raschen Schuldzuweisungen an USA oder einzelne afghanische Akteure überzeugend. Es bedarf einer viel ehrlicheren und ungeschminkteren Fehleranalyse, wenn wir besser werden wollen. Insofern eröffnet der Bundestag mit Enquête-Kommission und Untersuchungsausschuss, die sich systematisch mit unseren Ansätzen beschäftigen, eine Chance.